

Zeitschrift: Zürcher Student : offizielles Organ des VSETH (Verband der Studenten an der ETH Zürich) & des VSU (Verband Studierender an der Uni)

Herausgeber: Verband der Studenten an der ETH Zürich VSETH ; Verband Studierender an der Uni VSU

Band: 54 (1976-1977)

Heft: 2

Heft

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 02.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Zürcher Student

Offizielles Organ der Studentenschaft der Universität Zürich (SUZ) und des Verbandes der Studierenden an der ETH Zürich (VSETH) Neunmal jährlich



Redaktion/Administration:
Rämistrasse 66
8001 Zürich
Tel. ☎ (01) 47 75 30
Postcheck 80-35 598

Inserate:
Messe-Annoncen AG
Limmatquai 94, 8023 Zürich
Tel. ☎ (01) 47 34 00
Einsp. mm-Zeile Fr. -48

Abonnemente:
Jahresabonnement
(inkl. «das Konzept»)
Inland Fr. 22.-
Ausland Fr. 26.-

und das Konzept

Eine fiktive Reportage über einen 1. Mai, der nicht stattfand

Als die Arbeiter auf den Zürichberg zogen

In eher ungewohnter Weise begingen dieses Jahr in Zürich die Arbeiter und Angestellten ihren 1. Mai: Statt wie gewohnt durch die Arbeiterquartiere oder die Strassen der Innenstadt führte sie diesmal der Umzug zum Zürichberg hinauf, dahin, wo ein grosser Teil ihrer Patrons wohnt bzw. residiert. Das Organisationskomitee des Gewerkschaftskartells hatte vor über hundert Häusern und Villen grosse Tafeln aufgestellt, auf denen die Umzugsteilnehmer nähere Angaben über die Besitzer und Bewohner der betreffenden Häuser fanden. Der ungewohnte, aber absolut friedliche Aufmarsch versetzte offenbar verschiedene Zürichberg-Bewohner in Panik. Rund 50mal wurde die Notrufzentrale der Stadtpolizei angerufen; eine Bankiersgattin meinte gar, die Revolution sei ausbrechen. Indessen musste die Polizei nirgends eingreifen. Den krönenden Abschluss des Tages bildete das anschliessende Volksfest in den Stadthausanlagen am Bürkliplatz.

Die Idee für diesen «Ausflug» in Zürichs höhere Gefilde war fast genau ein Jahr alt und ging auf einen Vorschlag der Typographengewerkschaft zurück. Im Mai 1975 kritisierte ein junges Vorstandsmitglied der Typographie die traditionelle Durchführung des Mai-Umzugs. Es sei doch unsinnig, die Arbeiter immer in ihren eigenen Quartieren herumzuzaunern und sich ewig gleichen Horizont der Strassenschluchten, der eng verschachtelten Wohnblöcke mit den baumlosen Hinterhöfen, mit den verkehrsreichen, lärmigen und abgaseschwängerten Durchgangsstrassen. Man solle doch einmal ein wenig hinausgehen und die Lebensbedingungen der sogenannten besseren Leute etwas anschauen, man solle doch mal etwas Bewusstseinsbildung betreiben, am Tag der Arbeit, und den Arbeitern den Luxus derer zeigen, die Arbeiter anstellen und entlassen können, man solle auch zeigen, wie die Einkommen der Herren mit der Zahl der von ihnen abhängigen zunehmen. Die Arbeiter dürften sich ruhig mal den Reichtum ansehen, den sie durch ihre Arbeit geschaffen hätten.

teilung versucht hatten, ihren Unterricht auf die Probleme der Bevölkerung auszurichten, Bodenspekulation und Missstände im Wohnungsbau untersucht hatten und dann umgehend hinausgeschmissen worden waren.

Im weiteren konnte man eine Tafel entnehmen, dass das Salär eines ETH-Professors 80 000-100 000 Franken beträgt und dass viele «daneben» noch mit Privatverträgen das Doppelte bis Dreifache verdienen.

Die an der Ecke Tannenstrasse/Clausiusstrasse beheimatete rechtsgerichtete SOS-ETH versuchte zeitweise, den VSETH-Sprecher mit bayrischer Volksmusik zu verwirren. Später gab sie bekannt, dass sie eine Beschwerde an den Schulrat gerichtet habe, weil das verwendete Megaphon vermutlich aus Zwangsbeiträgen der Studenten finanziert sei.

Vor dem Kantonsparlament waren auf einer schlechten Tafel die Tagessätze für ein Bett in den verschiedenen Abteilungen angeschlagen, was den marschierenden Arbeitern und Angestellten einen tiefen Eindruck machte.

Angesichts der Ärzteeinkommen von 300 000 bis 400 000 Franken jährlich hatten sie fast Mitleid mit den Uni-Professoren, die eine Spur schlechter als ihre Kollegen von der ETH bezahlt sind.

Zahlen am Zürichberg

Nach diesen Vorgeplänklern begann in der oberen Hälfte der Gloriatrasse der eigentliche Teil des Umzuges. Fast vor jedem zweiten Haus befand sich nun eine Tafel, die auf einen illustren Bewohner hinwies und dessen Tätigkeiten sowie Einkommen und Vermögen aufführte. Gleich zu Beginn wies ein riesiges Transparent darauf hin, dass es sich bei den angegebenen Zahlen nur um die versteuerten Einkommen und Vermögen handle, da die Herren den Gewerkschaftern keinen Einblick in die Buchhaltung gewährt hätten, und dass sie «illigale Grundstücksgewinne, Erbschaften und Schenkungen», wie sie das Steueramt ausdrückte, nicht enthielten. Für die effektiven Einkommen und Vermögen müsse man halt etwas dazuzählen, je nach Gerissenheit des Steuerbetreibers 30, 50 oder 100 Prozent.

Zuerst Gilgen ...

Schon für die relativ lange Anmarschroute zum Zürichberg - zwischen den Arbeiterquartieren und den Residenzen der Reichen gibt es ja bekanntlich meist einen Puffer - von Bürgergartnern, die man sich etwas einfallen lassen. An der Ecke Nordstrasse/Niklausstrasse, vor der Kulisse im Abbruch befindlicher Wohnhäuser, wiesen Sprachbänder der *Gewaltfreien Aktion Milchbuckel* (GAM) darauf hin, dass hier Arbeiter gezwungen seien, Bäume auszuführen, die das Volk nicht wolle, und dass hier wieder einmal Wohnungen einer bürgerlichen Verkehrspolitik geopfert werden.

Wer der Aufforderung nachkam, in den folgenden Strassen etwas über den Unterschied zwischen bürgerlicher und sozialer Verkehrspolitik nachzudenken, wurde spätestens am Walchtor von seinen Gedanken aufgeschreckt. Vor der Erziehungsdirektion nämlich spielten Mitglieder der *Gewerkschaft Kultur, Erziehung und Wissenschaft* (GKEW) eine neue Version des *Anti-Gilb-Theaters*, die in kurzen Szenenfolgen zeigte, wie der Erziehungsdirektor damit beschäftigt ist, alles Linke aus allen Schulen auszumergen. Gilgen selbst war nirgends zu erblicken; er war wohl, wie üblich bei linken Demonstrationen, am Knipsen von Photos für seine Sammlung. (Ich habe nicht «Dossiers» gesagt!)

... und die Hochschulen

Der Zug bewegte sich durch die Weinberg- und Leonhardstrasse zur ETH hinauf, wo ein Sprecher des VSETH mit Megaphon auf die engen Verflechtungen zwischen ETH und Privatwirtschaft hinwies. Lehre und Forschung seien ganz nach den Bedürfnissen und Wünschen der Wirtschaft ausgerichtet und würden auch von Hochschulbehörden von dort kontrolliert. Er erwähnte auch, dass vor wenigen Jahren einige Dozenten an der Architekturab-

Jakob Burckhardt, der über die Geschichte der diversen ETHs gebietet, liiert ist (vgl. «zss» Februar 74).

... und rechte Agitatoren

Nebst den blossen Tafeln gab es auf dem gewerkschaftlichen Maibummel auch «bemannte» Posten, die meist aus ein, zwei Sprechern und einem Stand mit Informationsmaterial bestanden. Sie waren da aufgestellt, wo es mehr zu erklären gab, etwa an der Toblerstrasse 84, dem Sitz der Finanzabteilung der Werbeagentur Rudolf Farnet. Diese Agentur betreut, wie man hier vernahm, beispielsweise die Werbekampagnen der *Aktion Freiheit und Verantwortung*. Diese von Unternehmern und Firmen getragene «Aktion» (Budget: 1975: 750 000 Franken) kämpft unter anderem gegen das drohende Übergewicht des Staates und damit verbundene Kollektivierungen, gegen eine Steuerpolitik, welche die direkten Steuern zu einem Instrument der Einkommensumverteilung machen will, und die *Gelbeschleichen* (Steuerharmonisierung, der Reichtumssteuer und unüberlegter Soziallasten) und gegen weitere Anliegen der Arbeiterschaft. Unter «unüberlegten Soziallasten», stand da, verstehe Farnet alles, was man den Arbeitern vorenthalten könne, ohne dass sie gerade eine Revolution anzetteln würden.

Ein ähnlicher Stand war vor der Villa Zürichbergstrasse 124 aufgestellt. In dem schönen alten Riegelbau mit Erkerchen treibt ein gewisser Robert Eibel sein «Trumpf-Buuri»-Unwesen. Mit einem Aufwand von 930 000 Franken, so konnte man da erfahren, erschienen 1974 in 57 Publikationen über 1800 «Trumpf-Buuri»-Inserate, von denen jedes «eine Botschaft der Freiheit, des Rechtsstaates, der selbstverantwortlichen

Persönlichkeit und der freien Marktwirtschaft sein» will. Der zitierte Rechtsstaat überlässt es grosszügig der Freiheit des selbstverantwortlichen Herrn Eibel, in seine Inserate mehr Demagogie als Fakten zu legen und dergestalt «gegen alle, was nach Sozialisierung riecht», sowie gegen «kommunistische Infiltration und gegen die Ausplünderung durch masslose Steuern» zu agitieren.

In Anbetracht der 195 000 Franken Einkommen und 865 000 Franken Vermögen, welche Eibel versteuert, begreift man seine Abneigung gegen masslose Steuern, und angesichts des riesigen, nur wenigen Personen zugänglichen Parks um sein Haus herum auch seine Abneigung gegen Sozialisierungsgerüche.

Gegen den Schluss des Zürichberg-Rundganges konnte man noch das relativ schlichte Haus des Verlegers und Nationalrates Dr. James Schwarzenbach

Fortsetzung auf Seite 2

In Sachen «das Konzept»

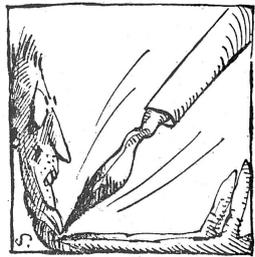
Die Hochschulkommission hat, wie bekannt, die Gelegenheit nur zu gern ergriffen, um die ihr unliebsamen, weil kritischen, Zeitungen zu masseln. (Vgl. Kommentar nebeneben und «Konzept» Seite 2.) Es ist allen klar, dass es um die Zensur einer politisch unangenehmen Zeitung geht!

Wir fordern alle Studenten, die sich bei der Urabstimmung für «das Konzept» eingesetzt haben und deren Meinung (wohlgedacht: die einer Mehrheit) von der Hochschulkommission total übergangen wurde, auf, am Solidaritätsmeeting teilzunehmen!

Donnerstag, 20. Mai, 12 Uhr, vor dem unten Mensa.

Solidaritätsmeeting

Aktionskomitee pro Konzept



Der Drohfinger

Die Hochschulkommission hat gedroht. Wenn der «Zürcher Student» noch einmal ... dann klemmen wir die Finanzen ab. Aber was noch einmal? - In enger Zusammenarbeit werden der «Zürcher Student» und das überregionale «Konzept» gemacht. Als «das Konzept» von politisch rechts gewickelten Elementen immer größer und diffamierender angepöppelt wurde, entschloss sich die Redaktion zu einer Befragung der Studenten. (Der Ausgang ist bekannt: Bei überdurchschnittlicher Stimmbeteiligung ergab sich eine ordentliche Mehrheit für «das Konzept».) Um in diesem Abstimmungskampf gegen die Anwürfe von rechts die Verdienste des «Konzepts» einmal aufzuzeigen, gab die Redaktion des «Zürcher Student» ein Extrablatt heraus. Darin wurden die Verleumdungen entkräftet und diese Informationsquelle für die Studenten verteidigt. Diese Einstellung zum «Konzept» und zur deutschsprachigen Studentenschaft ist die selbstverständliche Solidarität des «Zürcher Student», die sich in der Solidarität überlässt wie jene der «Regierung», des KSIR, mit ihrer Presse. Diese Verteidigung der studenteneigenen Presse geschah allerdings, ohne diejenigen vom rechten Ufer einzubeziehen, welchen es um die Zerstörung des «Konzepts» geht. In ihren eigenen Zeitungen, und nicht nur in den von Studenten gemachten, sondern ebenso in der Rechtspresse «NZZ», «Zürcherseezeitung», besaßen sie ein ohnehin schon überdimensioniertes Sprachrohr für ihre destruktiven Forderungen (man beachte die darin entfaltete Kampagne gegen «das Konzept», wie wenn diese Zeitung die Revolution einleiten würde). Dass die Studentenschaft also ihre eigene Presse schützt, das wurde ihr als Rechtswidrigkeit und grobe Pflichtverletzung ausgelegt. Wäre eine sonderbare Demokratievorstellung. Ja man könnte den Spieß umdrehen und fragen, ob nicht die Hochschulkommission ihre Pflicht grob verletzt hat, wenn sie der demokratisch organisierten und kontrollierten Presse den väterlichen Schimpf ausstülzt? Und morgen könnt' sie die Sperrung der Finanzen sein.

Redaktionen «zss»/«das Konzept»

Werden Eulen nach Athen getragen? Seit kurzem gibt es hochschuleigene Buchhandlungen (sogar zwei). Warum? Wozu? - fragt der Juni-«zss».

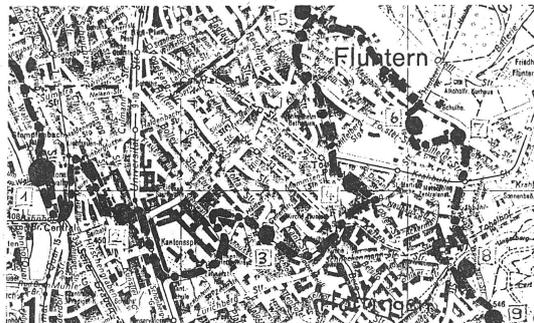
SUZ-Büchervertrieb

Der Senatsausschuss der Universität druckte an seiner ersten Sitzung in diesem Semester seine volle Unterstützung für die Bemühungen der Studentenschaft in der Errichtung eines studenteneigenen Bücherverkaufs aus und erklärte sich bereit, dem SUZ-Büchervertrieb ein mehrer Raum zur Verfügung zu stellen. Ab sofort befindet sich deshalb die Büchervertriebsstelle nicht mehr in den engen Räumen an der Rämistrasse 66, sondern noch näher an der Universität, nämlich an der Schönberggasse 2, im gleichen Haus wie die Zentralfelle, aber Eingang West benutzen, Büro Nr. 102. Öffnungszeiten: 14 bis 16.30 Uhr, täglich. Tel. 32 62 41, intern 2120.

Dort können also die auf den gelben Bücherkarten bestellten Titel nach 8 bis 10 Tagen abgeholt und bar bezahlt werden. Dabei werden bekanntlich auf jeden Buchkauf 15% Ermässigung auf den Ladenpreis gewährt. Eine Avisierung per Post, wie im letzten «Zürcher student» erwähnt, kann mangels Praktikabilität nicht mehr generell stattfinden.

Büchervertrieb der SUZ

Nicht vergessen: Büchervertriebsstelle neu an der Schönberggasse 2, Büro 102.



1. Walchtor, Erziehungsdirektion; 2. ETH; 3. Gloriatstr. 60, Stupi Sigi Widmer; 4. Toblerstr. 88, Werbebüro Farnet; 5. Susenbergstr. 169, Dr. Alfred E. Sulzer; 6. Forstersteig 12, Peter Schmidheiny; 7. Zürichbergstr. 124, Dr. Robert Eibel; 8. Kurhausstr. 5, Dr. James Schwarzenbach; 9. Hotel Waldhaus Dolder

Polybuchhandlung eröffnet: Jetzt besorgen wir unsere Bücher selbst!

Seit der Liquidation des Bücherrabatts Ende letzten Jahres ist es den SBVV nicht gelungen, rechtzeitig auf das Sommersemester eine Alternative zu bieten, die den Forderungen des VSETH nach «billigen» Büchern entspreche. Das soll jetzt anders werden! Die Polybuchhandlung wird Vertragsfirma des SBVV und erhält somit die Grundlage, die Bücher zu normalen Buchhändlerkonditionen zu beziehen. Bestellungen aus In- und Ausland können jetzt auf kürzestem und schnellstem Weg ausgeführt werden; auf Sammelbestellungen garantiert die Buchhandlung Rabatte bis zu 15%. Einzelne Bücher können zum offiziellen Ladenverkaufspreis bezogen werden. Der Ertragsgewinn der Polybuchhandlung, die als Genossenschaft organisiert ist, wird dem Genossenschaftler und somit dem Studenten zurückgeführt.

Wie komme ich an der ETH zu meinen Büchern?

Diese Dienstleistung beschränkt sich natürlich nicht allein auf Studenten der beiden Hochschulen; auch Angehörige anderer Bildungsanstalten, also Mittelschüler, Technikumsstudenten u. a., können sich der Genossenschaft anschliessen. Es ist wichtig, dass Bücher wieder billiger werden, und zwar für alle!

Beim SAB sind Briefkästen aufgestellt, in welche die Bestellungen (auch Einzelbestellungen) einwerfen kannst. Mit Vorteil verwendest du die speziell dafür aufliegenden Bestellformulare. Bei Sammelbestellungen (ab 10 Exemplare desselben Buches) muss, falls du in den Genuss eines Rabattes kommen willst, eine Sammelbestellungsliste (erhältlich beim SAB oder VSETH) besorgen und zur Zirkulation gebracht werden. Jeder, der dieses Buch wünscht, muss seinen Namen eintragen.

Die provisorischen Räumlichkeiten der Polybuchhandlung befinden sich an der Clausiusstr. 1. Wir haben noch keine offiziellen Öffnungszeiten; das Buchhandlungspersonal steht jedoch - sofern anwesend - für sämtliche Fragen zur Verfügung. Notfalls gibt es einen Briefkasten!

Verkauf und Lieferfristen

Der Verkauf über den Ladentisch erfolgt beim SAB. Die Lieferfristen betragen:
• für Bücher, welche in der Schweiz vorrätig sind: normalerweise 2-3 Tage
• für Bücher, welche in der BRD besorgt werden müssen: normalerweise 4-8 Tage
• für englische und amerikanische Literatur: 2 Wochen bis 3 Monate

Neue Promotionsordnung für Juristen?

Die Rechts-Lehre

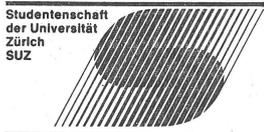
Dass der neuen Promotionsordnung der Juristischen Abteilung der Uni angesichts des Juristenmonopols und der juristisch-technologischen Führungsschichten in unserer Gesellschaft erstrangige Bedeutung zukommt, ist offensichtlich. Dass ihre Wirkung auf die künftigen Juristen verheerend sein wird, ist der Vogel-Strauss-Politik der Rechtsprofessoren zu verdanken. In der Praktik-«Reform» wird wenn nicht der Erziehungsrat die Promotionsordnung noch verwirrt, über die Zwischensprüfung eine Verschärfung der Studiengangphase angestrebt, die es unmöglich macht, den Stoff kritisch zu durchdringen.

Recht soll noch gleich wie vor 150 Jahren verstanden werden. Damals wurde der letzte Strukturwandel im Recht durch Emmanuel Kants rigorose Spaltung von Recht und Moral eingeleitet. Er brach mit dem naturrechtlichen Grundsatz der Einheit gesellschaftlichen Handelns in Politik, Ökonomie und auch Recht, um dem aufstrebenden Bürgertum seine politische Emanzipation zu ermöglichen. Seine Privat- und Willensautonomie brachten ein alles verdrängendes Privatrecht, das der scheinbar konfliktlosen Bürgergesellschaft des 19. Jahrhunderts entsprechen mochte. Heute aber ist der liberale Nachwächterstaat längst abgelöst durch den Interventionsstaat, der durch wirtschaftliche und soziale Eingriffe die gesellschaftliche Entwicklung mit-

nicht mehr vernachlässigt werden. Sie müssen die Stützen unseres Rechts von gestern, wie Straf- und Prozessschutz, OR und ZGB verdrängen. Der vorrationalen Autoritätsanspruch des Rechts muss relativiert werden, das Unbehagen am Recht gerade auch in die Juristen- ausbildung einfließen. Sozialwissenschaftliche Erkenntnisse müssen die Mentalität unserer Rechtsexperten entlarven. Reform erfordert die Ersetzung des Rechtsmodells des Bürgertums durch ein Recht der pluralistischen Demokratie. Den Grundlagendisziplinen Rechtsphilosophie, Rechtssoziologie und Rechtsgeschichte kommt in diesem Aufklärungsprozess eine Schlüssel-funktion zu.

Gerade in der Abteilung vorgeschlagene Promotionsordnung verstärkt aber die autoritären Tendenzen in unserer schon auf Herrschende-Meinungs-Argumentation getrimmten Disziplin. Blosses Pauken von Lehrmeinungen und die Einübung in Falllösungstechniken sollen während des Studiums beherrscht werden. Der Jurist, wie er an der Universität ge- züchtet wird, soll «Jurist als solcher» bleiben. Losgelöst von sozialer, ökonomischer, politischer Substanz, unter Ausschluss der Rechtswirklichkeit hat er zu denken.

Gerade in der Diskussion um die Reform der Juristenausbildung gesteht die Rechtswissenschaft ihre Unmündigkeit ein. Sie ist bemüht, die Position einzunehmen, die ihr von den Mächtigen zugewiesen wird. Unsere Professoren haben ihre Köpfe noch tiefer im Sand vergraben, und die Studenten sollen es ihnen gleichen. Die Rechtswissenschaft wird Akklamationswissenschaft bleiben und weiterhin eine nach rückwärts blickende, konservative und unkritische Elite hervorbringen. FA-Iur.



Studentenschaft der Universität Zürich SUZ

prägt, seienseits aber dem politischen Einfluss gesellschaftlicher Gruppen unterliegt. Will die Rechtswissenschaft aber ihre Aufgabe, die Übersetzung der Prinzipien des sozialen und demokratischen Rechtsstaates in die gesellschaftliche Wirklichkeit, erfüllen, so muss das Recht gerade auch von Juristen als Wafenstillstandlinie der politischen Auseinandersetzung anerkannt werden. Die Grundlagen menschlicher Existenz (Arbeit und Wirtschaft) dürfen

KfE-Uni: Informationswoche

Befreiungskrieg in Oman

Seit 1965 führt die omanische Bevölkerung in Dhofar (der südlichen Provinz des Sultanats Oman am Persischen Golf) einen bewaffneten Befreiungskrieg gegen den Sultan und die britischen, iranischen und jordanischen Interventionstruppen, jene imperialistischen Länder, die den Sultan aus wirtschaftlichen und militärisch-strategischen Gründen unterstützen. Wir möchten in einer Veranstaltung die Bedingungen, den Verlauf und den gegenwärtigen Stand dieses weitgehend unbekanntem Krieges diskutieren, vor allem deshalb, weil man in letzter Zeit ziemlich widersprüchliche Meinungen darüber gehört hat: Der Sultan redet von einer Unterbrechung der Verbindungslinien und einer Zerschlagung der Befreiungsorganisation P.F.L.O., andererseits die Communiqués der P.F.L.O. und die Berichte ausländischer Journalisten, die von einer Fortführung des Kampfes, wenn auch unter neuen Bedingungen, reden. Die Arbeitsgruppe Naher Osten der KfE-Uni organisiert vom 31. 5. bis 4. 6. eine Oman-Woche mit einer permanenten Photoausstellung im Lichthof und ein Meeting mit Film, Information und Diskussion, Donnerstag 3. 6. um 19.30 im Uni-HS 118.

Abgehört und aufgeschrieben

In der letzten Ausgabe des «Wochenblatts des sozialen Kapitals» schiebt Nationalrat Walter Allgöwer in seinem Leitartikel unter dem Titel «Enthüllungsjournalismus» eine Breitseite gegen die Journalisten Günther Waltraff und seine Kollegen. Er kritisiert die von ihm als «Sie schaden auf lange Sicht der Freiheit in unserer offenen Demokratie, die auf Treu und Glauben beruhen muss.» Lesse sich da nicht eine kleine Brücke bauen von «Treu und Glauben» zu den Verkaufsmethoden der Migros? Am Donnerstag vor Ostern preist die Migros in einem halbsseitigen Inserat ein Schülerputz zu 150 statt zu 180 Franken an. Am Dienstag nach Ostern wird ein Konsument dieses Putz kaufen. Er erhält die Auskunft: «Ja, wissen Sie, das kostet jetzt wieder 180 Franken, die Aktion ist am Ostersonntag abgelaufen.» Im Inserat steht weder etwas von Aktion noch von befristeter Dauer des Angebots. Pech für die Migros, dass sich der Konsument in der Verordnung über Sonderverkäufe sehr gut auskennt. Nach einer Riesenaufregung – es sei glatt für alle gewesen – hat der Kunde sein Putz doch für 150 Franken bekommen. Treu und Glauben und so...

erleben, können sie es an die «Telefonzeitung», 23 33 01, melden (Adresse: Kanzleistrasse 63, 8004 Zürich).

Aus unserm Wirtschaftslexikon: Kapitel Krisenvokabular

- **Wirtschaftskrise** ist, wenn aufgrund stark zunehmender Selbstmorde die bürgerliche Presse die Situation nicht mehr mit dem dubiosen Begriff Rezession unschreibet und zum ersten Mal eben von Wirtschaftskrise spricht.
- **Vikariatsreserve** ist der Ausdruck, den ein Erziehungsdirektor mit Gilgenhumer für arbeitslose Lehrer verwendet.
- **Eingliederung für geistig Behinderte** ist, wenn gesellschaftlich Ausgegliederte mit primitiver Arbeit auf unterster sozialer Stufe doch wieder eingegliedert werden.

Telefonzeitung
01/39 11 12
kurz und kritisch

werden. Geistig Behinderte des Kantons Graubünden stützen im Auftrag der Adliviler Ebo AG Tonbandkassetten zu 3/2 Rappen pro Stück. Mit der Maschine hergestellt, würde das Stück 4/2 Rappen kosten. Das Plaisir eines geistig behinderten Arbeiters: 500 Kassetten in 7 1/2 Stunden stanzen. D'«Telefonzeitung» meint: Dank dem Grossauftrag blühet Tubeli Tubeli, wil e therapeutisch Behandlig nid rentabel isch...

• **Ein assozieller Wirtschaftsschädling** ist einer, der wenig konsumiert und damit die Arbeitsplätze gefährdet. Die «Schweizerische Handelszeitung» ruft daher alle Bürger auf, mehr zu konsumieren.

• **Ein Arbeitsloser** ist einer, der keinen verdient hat und darum gezwungen ist, weniger zu konsumieren – also ein assozieller Wirtschaftsschädling. Ein Arbeitsloser, der kein Wirtschaftsschädling sein will, müsste sich Geld beschaffen, stehlen zum Beispiel.

• **Stehlen** ist nachzusehen im bürgerlichen Strafgesetzbuch unter «Diebstahl». D'«Telefonzeitung» meint: Wenn das Wirtschaftslexikon immer unlogischer wird, müssen wir halt mehr Logik in unsere Wirtschaft bringen.

Die Diffamierung der Arbeitslosen wird konsequent weitergeführt in der «Schweizerischen Arbeitgeberzeitung»: Die Schokoladefabrik Lindt & Sprüngli hätten trotz der Rezession 36 neue ungelernete Arbeiter einstellen wollen. Das Arbeitsamt habe aber nur zwei Arbeitskräfte vermitteln können – jetzt, da es doch so viele Stellenlose gebe. Die restlichen 34 Arbeiter habe die Firma aber durchsetzen müssen. Wörtlich heisst es im Artikel weiter: «In der Arbeitsschädigung so hoch, dass sich das Arbeiten nicht mehr lohnt? Sind die arbeitslosen Schweizer zu nobel gewesen, in einer modernen Schokoladefabrik zu arbeiten, die sich ausserdem schön gelegen nahe einer Grossstadt befindet?»

Tatsache ist, dass die Firma Lindt & Sprüngli im vergangenen Geschäftsjahr 172 Arbeiter entlassen hat. Dafür mussten dann die restlichen Arbeiter mehr leisten: Pro Mitarbeiter hat der Umsatz von 119 000 auf 130 000 Franken zugenommen. Die Dividende konnte daher unverändert auf 16% bleiben.

Einem massiven Angriff auf die demokratischen Grundrechte einzelner hat sich ein landzürcherisches Gefängnis erlaubt: Beim freiwilligen Antritt einer zweimonatigen Haftstrafe sind einem Verurteilten alle sieben Bücher, die er selber mitgebracht, weggenommen und zu den persönlichen Effekten gelegt worden. Die Gefängnisverwaltung begründete den Schritt damit, dass es für sie unzumutbar wäre, die Bücher zu zensurieren. Es stehe dem Gefängnisen aber durchaus frei, über die Gefängnisverwaltung bei einer unabhängigen Buchhandlung etwas zum Lesen zu bestellen.

Sogar das Bundesgericht hat entschieden, dass der Entzug von Lesestoff während des Strafvollzugs verfassungswidrig ist. Der Entzug von Lesestoff während der Haft, wo Verdunkelungsfahge besteht, D'«Telefonzeitung» meint: Gegen Willkürherrschaft einzelner Strafvollzugsbeamten helfen nur engagierte Anwälte und eine starke Gefangenengeneration.

Tolli Tschiins i jeder Form

poschtet me bim Willy Korn
a der Gmüesbrugg

Polit-Ticks

ls. «Mit der Ruhe an den Hochschulen ist es ohnehin aus. Und zwar mit Recht: Die Ruhe der Nachkriegszeit war verhängnisvoll; sie eben erzeugte jene Disparitäten, um derenwillen die heutige Krise eingetreten ist. Die Heilung kommt also nicht von der Ruhe, sondern von der Unruhe, denn Wissen erzeugt Unfrieden, und Unfriede erzeugt Wissen; indem sie Unruhe machen, lernen die Studenten, und wenn sie lernen, machen sie Unruhe. Das mag unbehagen sein, besonders für alterdiente Professoren, überlastete Rektoren, ordnungsliebende Präsidenten und frischgebackene Regierungsräte. Aber es ist der Lernprozess selbst», sagte ETH-Gastdozent Lucius Burckhardt, und wird vermutet, so zwischen Mai 68 und der Unschlüssigkeit 71 durch die frischgebackenen Erziehungsdirektor Fredy G.

Innert Jahresfrist (Oktober 74 bis Oktober 75) sind die «nonkonformistischen Tendenzen» von 28 auf 21 Prozent zurückgefallen, die «antiautoritären» von 35 auf 29 Prozent. Auf diese Kurzformel brachte das für seine oft unfreiwillig erheuterte Zahlenbegehr bekannnte Meinungsforschungsinstitut «Scope» die politische Einstellung der Schweizer Jugend zwischen 15 und 24. Als Dienstleistung für ihre Datenbankkunden macht «Scope» jedes halbe Jahr eine Repräsentativhebung über «Das psychologische Klima in der Schweiz», und bringt letztes Mal nun stellte sich heraus, dass die Schweizer Jugend irgendwo zwischen Utopie und Konservatismus denkt und handelt – eher näher beim letzteren... (Aber wer von unsern Lesern gehört schon zu den 1000 Befragten?)

Zur Situation an seiner Uni befragt, wies Rektor Lüthy, Bern, auf die zunehmende Arbeitsdisziplin der Studenten hin. Besonders die Prüfungen würden wieder ernster genommen; in der heutigen Arbeitsmarktlage seien Noten wieder wichtig geworden.

Bereits munkelt man, Rektor Lüthy laufe Gefahr, sich selbst und sein antipolitisches Engagement überflüssig zu machen. Wer will schon noch 0,0... % seines Notendurchschnitts verlieren, nur weil er zwei Stunden Zeit an ein Chile-Meeting verschwendet hat.

Es geht auch das Gerücht um, dass einige Zürcher Wahlverwandte von Lüthy ihre Massnahmen gegen gewisse Studententorgane aufheben: Die Studenten kämen doch nicht mehr dazu, die Sachen zu lesen, geschweige denn sich dazu Gedanken zu machen.

P. S. Der aktuellen (uni-)politischen Lage ist ausser dem Droh-Fingerzeig auf der Frontseite auch die Poli-Revue auf den Seiten 6 und 8 gewidmet. Dort werden insbesondere die Interessengruppen an der Hochschule vorgestellt.

Studium abgeschlossen? Ein Jahr im Praktikum? Aber «das Konzept» wollen Sie doch nicht vermissen! Sie finden einen Abonnement in dieser Nummer.

Zürcher student

Offizielles Organ des Verbandes der Studierenden an der ETH-Zürich und der Studentenschaft der Universität Zürich, unter Beteiligung des Verbandes der Studierenden der Dolmetschschule. Erscheint neunmal jährlich, Auflage 17 000.

Redaktion und Administration: Rämistrasse 66, CH-8001 Zürich, Schweiz, Telefon ☎ (01) 47 75 30. Postcheckkonto 80-35598.

Redaktion: Georg Hodel, Ruedi Küng, René-Pierre Müller, Liselotte Suter. Die im «Zürcher student» erscheinenden Artikel geben jeweils die Meinung des Verfassers wieder. Abdruck von Artikeln nur nach vorheriger Absprache mit der Redaktion gestattet.

Für unverlangt zugesandte Unterlagen wird keine Verantwortung übernommen. Inserate: Mosse-Annoncen AG, Limmatquai 94, CH-8023 Zürich, Tel. ☎ (01) 47 34 00, Telex 53 235.

Druck und Versand: Tages-Anzeiger, Postfach, 8021 Zürich.

Redaktionschluss Nr. 3: 18. 5. 76
Inseratenschluss Nr. 3: 28. 5. 76

Als die Arbeiter...

Fortsetzung von Seite 1

an der Kurhausstrasse 5 beschichtigen (nur von aussen natürlich). Schwarzenbach wurde als eine der eindruckvollsten Figuren der schweizerischen Arbeiterbewegung gewürdigt, ist es ihm doch gelungen, die Arbeiter in mindestens drei Gruppen zu spalten, nämlich in ausländische und inländische, und die inländischen zusätzlich noch in solche, die sich mit den ausländischen solidarisch fühlen, und in die anderen, die das nicht tun. Schwarzenbachs Einkommen ist mit 55 000 Franken relativ bescheiden, aber immerhin ist er 1,3-facher Millionär.

Von da waren es nur noch wenige Meter bis zum Hotel «Waldhaus Dolder», wo ein 600knüppliges Polizeiaufgebot zuweilen den Abstieg des Volksfreundes und Schachs von Ferien bewachen muss. Auf dem Platz vor dem Hotel wurden die obligaten Ansprachen abgehalten, worauf angesichts der internationalen Stätte die Internationale angestimmt wurde.

Hier wurde der Umzug offiziell beendet. Diejenigen Teilnehmer, die nicht auf der Dolderterrasse sitzen blieben, begaben sich anschliessend in die Festwirtschaft auf dem Bürkliplatz, da das viele leere Schlucken auf dem zweistöckigen Marsch durch die höheren Regionen doch einigen Durst verursacht hatte. Beat Schweingruber

Jetzt besorgen wir die Bücher selbst!

Die Polybuchhandlung ist nun Vertragsfirma des SBVV. Der VSETH stellt die Entwicklung, Gegenwart und Zukunft einer Studentenbuchhandlung dar.

Ende letzten Jahres erreichte uns die Mitteilung des Schweiz. Buchhändler- und Verlegerverbandes (SBVV), dass er auf den 1. 1. 76 eine neue Marktordnung einführen werde und damit gezwungen sei, den Vertrag mit der schweizerischen Studentenschaft (VSS) zu kündigen. Dieser Vertrag bestand seit 17 Jahren und räumte den Studenten den bekannten 10%-Rabatt ein. Die Studentenschaften ihrerseits verpflichteten sich indes, keine eigene Buchhandlung zu betreiben. In der Folge nahm nun der VSS mit dem SBVV diesbezügliche Verhandlungen auf, in der Annahme, dass eine Rückkehr zu der 10%-Lösung möglich sei. Dies erwies sich indes als unmöglich, obwohl die wissenschaftlichen Buchhandlungen Zürichs allgemein für die Wiedereinführung plädierten. Der VSETH suchte nun eine Lösung in Zusammenarbeit mit den beauftragten Anwälten und unter Berücksichtigung der Stellungnahme der Schweiz. Kartellkommission, welche durchaus der Meinung ist, dass der Markt für wissenschaftliche Bücher ein Sondermarkt sei, worin sich eine spezielle Behandlung der Hochschulangehörigen rechtfertigen lässt.

in einer Buchhandlung erbracht werden, verzichtet (Versand, Verpackung als Geschenk, Rechnungsstellung) und sich insbesondere bemühen, genaue bibliographische Angaben bei der Bestellung

Verband der Studierenden an der ETH Zürich VSETH



eines Buches mitzubringen. All dies ermöglicht uns, die Unkosten tief zu halten, um einen annehmbaren Gewinn zu erarbeiten. So wird z. B. auch die Werbung vorwiegend auf die studentischen Fachorgane beschränkt, und das Lagerortiment wird den effektiven Bedürfnissen angemessen sein.

Den so erarbeiteten Gewinn soll – und um eine entsprechende Lösung werden wir uns noch bemühen – dem Studenten resp. Genossenschaftler, bezogen auf seine Einkäufe, wieder zugute kommen. Es sei hier erwähnt, dass gemäss Statuten der Genossenschaft die Möglichkeit besteht, die Angehörigen von anderen Bildungsanstalten zur Mitgliedschaft zuzulassen.

Der Aufbau der Polybuchhandlung wird stufenweise erfolgen: von Sammelbestellungen über Einzelbestellungen bis hin zu einem kleinen Bücherlager, welches auch Bücher ausserhalb des engen Bereichs der Fachliteratur beinhaltet. Die beiden Büchläden sollen am unmittelbaren Arbeitort der Studenten sein. Zur Lösung dieses Problems haben wir die Zusicherung der ETH, dass uns am Hönigerberg und im neuen ETH-Zentrum die notwendigen Räumlichkeiten zur Verfügung gestellt werden. Der Verkauf wird über die Kasse der SAB-Papeterie erfolgen.

Wir glauben, mit der Polybuchhandlung eine Lösung gefunden zu haben, welche ausbaufähig ist, und den Bedürfnissen der Hochschulangehörigen Rechnung tragen kann. Die organisatorischen Fragen können jedoch nicht von heute auf morgen gelöst werden. Auch fehlen uns die nötigen Investitionsmittel, um gleich im grossen Stil «einzufahren». So hoffen wir denn auch auf das notwendige Verständnis und die Geduld von all denjenigen, welche unserer Sache positiv gegenüberstehen.

Papier ist wertvoll. Tun auch Sie etwas für den Umweltschutz, indem Sie «das Konzept» nicht wegwerfen, sondern an eine(n) Bekannte(n) weitergeben. Mit jedem neuen Abonnenten wird «das Konzept» stärker!

Die eigene Buchhandlung

Es war nun unser Anliegen, allen Meinungsverschiedenheiten zum Trotz, raschmöglichst den Status einer Buchhandlung zu erlangen, um nicht auf die unsichere Basis einer Boykottbrecherlösung bauen zu müssen und das Sammelbestellwesen mit den üblichen Verlagsrabatten realisieren zu können. Darum kann gemäss Marktordnung des SBVV dem Studenten ein Stückrabatt von 5, 10 oder 15% (je nach Menge der bestellten Bücher) eingeräumt werden. Unser Gesuch an den SBVV wurde positiv aufgenommen, und letzte Woche entschied der Schweiz. Buchhändler- und Verlegerverband, dass wir als Vertragsfirma aufgenommen werden könnten. Mit diesem Entscheid ist die existenziell wichtige Grundlage gegeben, welche uns erlaubt, in Zukunft die Bücher zu normalen Buchhändlerkonditionen zu beziehen. Dies bedeutet auch, dass wir Bestellungen auf kürzestem und schnellstem Weg ausführen können. Was auch für Bücher, welche im Ausland bestellt werden müssen, gilt.

Organisation in der Aufbauphase

Die Polybuchhandlung wird als Genossenschaft organisiert und speziell auf die Bedürfnisse der Hochschulangehörigen ausgerichtet sein. Alle Gebiete, insbesondere diejenigen, welche bis heute von der Zürcher Buchhandlungen weniger gepflegt wurden, werden wir gleichmässig betreuen. Der Student soll hingegen nach Möglichkeit auf alle die kleinen Sonderwünsche, welche gewöhnlich

FREIHOFFER'S
Wissenschaftliche Buchhandlungen

Medizin
Psychologie

Rämistrasse 37
8001 Zürich
Telefon 01/60 42 82



Drei Fragen an Thomas Brassel, Berater der Stipendiaten

Herr Brassel, trifft es zu – wie die Nationale Aktion behauptet –, dass Flüchtlinge im Stipendienwesen gegenüber Schweizern bevorzugt sind?

T. Brassel: Das ist nicht der Fall. Eher das Gegenteil trifft zu. Kein Schweizer, so kann man sagen, beginnt sein Studium aus dem Nichts. Selbst wenn seine Familie ihm das Studium nicht oder nur zum Teil bezahlen kann, hat er doch gewisse Vorteile. Ein Flüchtling dagegen fängt buchstäblich mit nichts an. Wenn er nun mit dem gleichen Stipendium wie ein Schweizer auskommen muss, ist er sicher eher benachteiligt. Einfach gesagt: Ein einheimischer Student hat immer jemanden, der ihm etwas zusteckt. Davon abgesehen müssen in der Schweiz lebende Eltern von Flüchtlingsstudenten für ihre Kinder genau gleich viel aufbringen wie Schweizer Eltern.

Nach welchen Kriterien werden Stipendien an Studenten ausgerichtet?

In diesem Zusammenhang ist zuallererst zu unterstreichen, dass die gleichen

Kriterien für Ausländer und Schweizer Geltung haben. Wir gehen bei der Stipendienvergabe nach einer normierten Punktrechnung vor. Ein Beispiel: Wer bei seinen Eltern wohnen kann, erhält nur eine geringe Unterstützung, die als Deckung der Mehrkosten der Familie gedacht ist. Wobei der Grundsatz heisst, dass Eltern an ihren Kindern kein Geld verdienen sollen. Gibt es triftige Gründe, weshalb ein Student nicht bei seinen Eltern wohnen kann, dann erhält er einen genau festgelegten, höheren Beitrag. Nur bei ganz kleinem Einkommen der Eltern zahlen wir etwas an die Zimmermiete, wenn der Student zu Hause wohnt.

Vergleicht man das studentische Existenzminimum mit dem Existenzminimum, das etwa Gerichte festlegen, liegt das dann darüber oder darunter?

Eindeutig darunter. Wobei man einräumen muss, dass sich das nicht so ohne weiteres vergleichen lässt. Ganz grundsätzlich sind wir der Meinung, dass Studenten bescheiden leben sollen, ob sie nun Flüchtlinge oder Schweizer seien.



Das Studium ist eine Übergangsphase. Einen gewissen Nachholbedarf wettzumachen und Ersparnisse anzulegen, dafür hat der Student nach Abschluss seiner Studien Gelegenheit genug.

Aktionskomitee Ausbildungshilfe für Flüchtlinge, c/o VSETH, Leonhardstr. 19, 8001 Zürich. Spenden auf PC 80-29 220

Keine Stipendien mehr für diese Flüchtlinge?

Marta M. (18), Mittelschülerin
Marta M. kam als 12jähriges Mädchen mit ihrer Mutter aus Ungarn. In Zürich absolvierte sie drei Jahre Sekundarschule und geht heute ins Gymnasium, wo sie sich auf die Maturität B vorbereitet.

Marta ist Halbwaite, und ihre Mutter verdient zu wenig, ihrer Tochter den ganzen Lebensunterhalt während vier Jahren Mittelschule zu sichern. Ein Stipendium des Kantons Zürich deckte bis anhin ungefähr die Hälfte der Auslagen, die für Martas Mutter durch das Studium ihrer Tochter entstehen.

Alex B. (30), Mittelschüler

Alex B. kam als 24jähriger nach Zürich. In der Tschechoslowakei war ihm das Studium an einer höheren Schule verweigert worden. Er hatte im Hotelfach gearbeitet. Die ersten vier Jahre in der Schweiz arbeitete Alex B. als Kellner und auf einer Bank. Mit kärglichen Ersparnissen und am Anfang noch teilweise befristet, wählte Alex B. 1974 den zweiten Bildungsweg und begann mit der Maturavorbereitung. Weil er keine An-

gehörigen in der Schweiz hat, ist er auf Stipendien angewiesen. In einem Jahr wird er die Maturitätsprüfung ablegen. Dann will er Pharmazie studieren.

Anna S. (24), Geschichtsstudentin

Mit 19 Jahren kam Anna S. 1971 allein aus Budapest in die Schweiz. «Seit drei Jahren», so schreibt die Geschichtsstudentin, studiere ich an der Universität Zürich, und habe den wichtigsten Teil meiner Studien bereits hinter mich gebracht. Würde nur die kommende Abstimmung zugunsten der Flüchtlingsstipendien ausfallen, dann müsste ich das Studium abbrechen, denn allein auf mich angewiesen, fehlt mir jede Unterstützung.»

Josef U. (22), Medizinstudent

Im Januar 1975 erhielt Josef U. von der Eidgenössischen Polizeibehörde Asyl in der Schweiz. Seither studiert er Medizin an der Universität Zürich. Von privater Seite wird er mit monatlich 300 Fr. monatlich unterstützt. Auf einen weiteren Zuspätschieben in Form von Stipendien ist Josef U. dringend angewiesen.

13. Juni: Ein JA für unsere Flüchtlinge

Es gehört mit zum Bild einer fortschrittlichen und vorbildlichen Schweiz, dass Flüchtlinge bei uns menschenwürdig behandelt werden. Jene, die aus politischen und/oder religiösen Gründen ihr Vaterland verlassen mussten, sollen bei uns eine neue Heimat finden. Leider macht es den Anschein, als ob eine der politischen Parteien unseres Landes diese Ansicht nicht teilen könnte. Gemeint ist die «Nationale Aktion gegen die Überfremdung von Volk und Heimat», die, speziell im Kanton Zürich, mit fragwürdigen Argumenten gegen Ausländer und Flüchtlinge vorzugehen versucht. Aktuellstes Beispiel dieser Politik ist ein

Referendum gegen die Ausrichtung eines vom Zürcher Kantonsrat mit überwältigendem Mehr gutgeheissenen Kredites in der Höhe von 1,7 Millionen Franken. Dieser Kredit – gerade genug, um ein paar Autobahnmeter zu bauen, oder 0,07 Prozent des kantonalzürcherischen Budgets – sollte rund zweihundert an unseren Mittel- und Hochschulen in Ausbildung stehenden Flüchtlingen die Fortsetzung ihrer Studien ermöglichen. Wegen dem Zustandekommen des Referendums konnten jedoch die Gelder nicht ausbezahlt werden; die Flüchtlinge stehen buchstäblich auf der Strasse!

Als besonders stossend muss empfunden werden, dass bei einer Annahme dieses Referendums vor allem Flüchtlinge betroffen würden, die zum Abschluss ihrer Studien nur noch wenige Semester brauchten.

An den Flüchtlingen sparen?

Fest steht, dass durch die Streichung des Stipendienfonds nicht gespart werden kann: Wer heute mit einem nicht abgeschlossenen «halben» Studium eine Stelle sucht, hat keine Chance. Früher oder später fallen also die verdienstlosen ehemaligen Flüchtlingsstudenten der Sozialhilfe zur Last. Denn notleidende Flüchtlinge, die in unserem Land leben, zu unterstützen, dazu hat sich die Schweiz im internationalen Flüchtlingsabkommen von 1951 verpflichtet (vgl. S. 2 «Stipendien oder Fürsorge»). An Flüchtlingen, welche die Schweiz aufgenommen hat, kann deshalb schon aus rechtlichen Gründen nicht gespart werden.

NA-Demagogie

Die Nationale Aktion operiert im Zusammenhang mit den Ungarn-

flüchtlings gern mit der Jahreszahl 1956 und erweckt so den Eindruck, es würden heute nur Flüchtlinge aus dem Jahr 1956 unterstützt. Bewusst unterschlägt die NA das Los aller politisch und religiös verfolgten Ungarn, die nach 1956 in unserem Land Zuflucht fanden: Allein in den Jahren 1973, 74 und 75 waren es an die 600!

Verrat an der Tradition

Bemerkenswert ist, dass die NA, die sich bei jeder Gelegenheit lautstark auf traditionelles Schweizerum beruft, mit diesem Referendum eine humanitäre Tradition geringachtet, die das Schweizervolk immer verteidigt hat.

Asyl gleich Almosen?

Es ist selbstverständlich, dass man einem notleidenden Menschen Unterkunft, Nahrung und Kleidung gibt. Für ein hochzivilisiertes Land wie die Schweiz darf es damit aber nicht genug sein. Eine Asylpolitik, die diesen Namen wirklich verdient, muss auch die Möglichkeit zum Aufbau einer Existenz einschliessen. Und dazu gehört untrennbar die Ausbildungshilfe für Flüchtlinge.



Schweiz. Das für unsere Gesellschaft vorrangige Ziel der Eingliederung durch Gleichbehandlung der von uns aufgenommenen Flüchtlinge würde in krasser Weise missachtet.

Die sozial Schwächeren fördern

Mit zu den Grundpfeilern unseres Staatswesens gehört ein Bildungssystem, das den sozial Schwächeren achtet und fördert. Das Referendum der Nationalen Aktion steht diesem Gedanken total entgegen. Die kommende Volksabstimmung gibt uns Gelegenheit, den Irrtum der NA richtigzustellen. Das Ja des Stimmbürgers gilt einer Regelung, die sich bewährt hat und der Schweiz zu jenem weltweiten Ansehen verhalf, welches sie als Wohlfahrtsstaat kennzeichnet.

Sonderbeilage zum

zürcher student

54. Jahrgang Nr. 2, Mai 1976

Verantwortlich: Aktionskomitee Ausbildungshilfe für Flüchtlinge, vertreten durch den KStR.

Produktion: Redaktion «zürcher student»

Wer Flüchtlingen dies verweigert, behandelt sie als Menschen zweiter Klasse und macht sie zu blossen Almosenempfängern.

Ein Nein am 13. Juni hätte nicht nur für die Flüchtlinge schwerwiegende Konsequenzen, sondern auch für das internationale Ansehen der

Das sagen unsere Parteien

Dr. iur. Hansjörg Braunschweig, Dübendorf, Kantonsrat und Präsident der Sozialdemokratischen Partei des Kantons Zürich:

Die SP stimmt dem Stipendienkredit für Flüchtlinge im Betrag von 1 700 000 Fr. zu und lehnt damit das Referendum der Nationalen Aktion aus sechs Gründen ab:

1. Das Referendum richtet sich ausgehend gegen Flüchtlingsstudenten und widerspricht unserer traditionellen Flüchtlingspolitik (die leider nicht zu allen Zeiten über jeden Zweifel erhaben war...)
2. Ausländer sollen weiterhin Sündenböcke für ungelöste Schweizerprobleme sein. (Es bestehen Anzeichen, dass später Arbeitslose oder andere Opfer unserer Gesellschaft in die Rolle der Sündenböcke gepresst werden. Darin besteht die faschistoide Tendenz der Nationalen Aktion.)
3. Die Gegner des Kredits sind in der Regel Gegner der Stipendien überhaupt und werden nach einem Erfolg auch Stipendien für Schweizer bekämpfen.
4. Das Referendum ist bildungsfeindlich, denn es richtet sich gegen eine demokratische Bildungspolitik.
5. Heute wird die Berufsgruppe der Akademiker aufs Korn genommen, morgen sind es die Beamten, die Künstler, die Arbeiter, Gewerbetreibende oder Handwerker.
6. Das Referendum ist jugendfeindlich, fördert den Generationenkonflikt und trifft dadurch auch die mittlere und die ältere Generation sowie die Betagten.

Hans Frei, Watt, Kantonsrat SVP:

Das Gesetz verpflichtet uns, die asylsuchenden Flüchtlinge aufzunehmen, und unser Gewissen ermahnt uns, die den Flüchtlingen als Mitmenschen zustehende Chance zu geben. Mit anderen Worten: Wir können uns nicht rühmen, der humanitären Schweiz anzugehören, ohne unsere Entscheidungen darnach auszurichten. Die Kreditvorlage zur Finanzierung der Ausbildung von Flüchtlingen wird so zur Gewissensfrage. Um sich davon zu entlasten, ist eine positive Einstellung unerlässlich.

Professor Robert Hux, Schlatt bei Winterthur, Kantonsrat LdU:

Der jährliche Kredit von 1,7 Millionen Franken für die Jahre 1976 bis 1980, den die Nationale Aktion den Flüchtlingen vorenthalten will, entspricht etwa 0,07 Prozent des kantonalzürcherischen Budgets. Mit diesem bescheidenen Betrag wird die Gleichbehandlung der Flüchtlinge mit den Schweizer Bürgern hinsichtlich ihrer Ausbildung gesichert. Wenn man Flüchtlinge aufnimmt, darf

vorliegenden Fall, so meine ich, darf man indessen die Zustimmung zum jährlichen Kredit von 1,7 Mio. Franken nicht versagen. Er ist bestimmt für Studienbeiträge an all jene ausbildungsfähigen und wissensfreudigen jungen Flüchtlinge, die bei uns bundesrechtlich politisches Asyl geniessen und deswegen hier in der Schweiz ihren Ausbildungsweg voller Hoffnung und Fleiss fortzusetzen und zu vollenden gedenken. Nicht der Hinweis auf unsere traditionsreiche, humanitäre Hilfsbereitschaft, sondern allein die Tatsache, jungen und strebsamen Mitmenschen, die als studierende Flüchtlinge die einstigen Einwirkungen politischer Wirren noch heute zu ertragen haben, in ihrer Ausbildungszeit massvoll und gezielt beistehen zu können, führt uns zu einem ehrlichen Ja am 13. Juni!

Alfred Weidmann, Bassersdorf, Gemeindepräsident und Kantonsrat SVP:

Unser Flüchtlingsstatut erlaubt, den politisch Verfolgten bei uns Asyl zu gewähren. Es scheint mir selbstverständlich, dass es dabei nicht nur beim Lippenbekenntnis bleiben darf. Der jungen Generation dieser Flüchtlinge sollte auch eine genügende Ausbildung gewährleistet werden. Der Fremdenhass sollte endlich vorbei sein.

Stellungnahme der Landesring-Kantonsratsfraktion zur Ausbildungshilfe für Flüchtlinge:

Die Kantonsratsfraktion des LdU hat der Bewilligung eines jährlichen Kredites von 1,7 Mio. Fr. für die Finanzierung der Ausbildung von Flüchtlingen für die Jahre 1976-1980 zugestimmt.

Massgebend für diesen Entscheid waren vor allem folgende Überlegungen:

1. Wissenschaft ist international und nicht an Kantonsgrenzen gebunden.
2. Der Kredit ist ausschliesslich für Flüchtlinge und deren Kinder bestimmt, für die keine Staatsmittel zur Verfügung stehen.
3. Humanität verlangt, dass einmal aufgenommene Flüchtlinge nicht schlechter behandelt werden als andere hier lebende ausländische Personen.

Es geht nicht nur um 1,7 Mio. Fr., sondern darum, ob der Zürcher Staatsbürger auch in etwas weniger rosigen Zeiten bereit ist, Leuten zu helfen, die er als Flüchtlinge aufgenommen hat und die sich vielfach als Schweizer fühlen, aber noch keinen Schweizer Pass besitzen.

Das Referendum gegen den Kreditbeschluss hat zur Folge, dass der Zürcher Stimmbürger nun einen gültigen Entscheid fällen muss.

Die Schweiz hat in der Aufnahme von Flüchtlingen eine gute Tradition, und diese Grosszügigkeit hat sich sogar zum Vorteil unseres Volkes ausgewirkt.

hilfe angewiesen sind. Wir dürfen uns jetzt nicht vor der Verpflichtung drücken, gerade diese Studenten in ihrer Ausbildung zu unterstützen.

Dr. Adolf Wirth, Richterswil, Kantonsrat CVP:

Wir haben uns stets für ein weitgehendes Asylrecht eingesetzt und wollen das auch bei diesem Referendum unter Beweis stellen. Die zur Diskussion stehenden 1,7 Millionen Franken sind den Möglichkeiten des Kantons Zürich durchaus angemessen und verdienen die Unterstützung des Stimmbürgers.

Heini Bloch, Zürich, Kantonsrat SP:

Es ist schon heute klar, dass bei einer allfälligen Verwerfung der Vorlage durch den Souverän zahlreiche Flüchtlinge nichts anderes übrigbliebe, als ihre Ausbildung zumindest zu unterbrechen oder sogar endgültig aufzugeben. Eine nicht abgeschlossene Ausbildung in Zeiten wirtschaftlicher Krisensituationen stellt für alle Flüchtlinge vor unüberwindliche Probleme!

Der Beschluss des Kantonsrats ist zweifellos sehr vorsichtig abgefasst, ist doch der vorgesehene Kredit vorläufig für die Jahre 1976 bis 1980 festgelegt. Das von der «Nationalen (Re-)Aktion» organisierte Referendum ist sachlich in keiner Art und Weise gerechtfertigt und kann nur mit dem satism bekannten Chauvinismus dieser «Bewegung» erklärt werden.

Das Abstimmungsergebnis wird ein Testfall dafür sein, wie weit die Bevölkerung des Kantons Zürich die Spalterstrategie (Schweizer gegen Ausländer) der «Nationalen» durchschaut. Es ist daher sehr zu hoffen, dass reaktionäre Tendenzen schweizerischer Flüchtlingspolitik aus früheren Jahrzehnten nicht wiederaufleben werden...

Edwin Weilenmann, Elgg, Kantonsrat SVP:

Ich sehe keinen triftigen Grund, dass man den bedürftigen Flüchtlingen die bis anhin berechtigterweise gewährten Leistungen nun plötzlich entziehen sollte.

Ernst Hofmann, Regensdorf, Kantonsrat LdU:

Ich bin grundsätzlich für die Ausbildungshilfe für Flüchtlinge. Flüchtlinge sollen gleich behandelt werden wie Schweizer.

Walter Haegi, Bülach, Kantonsrat SVP:

Wir leisten Beiträge verschiedenster Form für Entwicklungshilfe im Ausland, die nicht zu Unrecht kritisiert werden, weil wir die Wirkung dieser Beiträge selten kontrollieren können. Wenn wir den Flüchtlingen Stipendien gewähren, leisten wir einen Beitrag, dessen Nützlichkeit wir überprüfen können. Ausserdem wäre es falsch und unglücklich, jene Menschen nicht zu unterstützen, die ihre Herkunftsländer nicht mehr besuchen dürfen und die in der Schweiz eine zweite Heimat gefunden haben. Diese Ansicht teilte auch die gesamte Finanzkommission des Kantonsrates.

Dr. E. Honegger, Sekretär der Freisinnig-Demokratischen Partei des Kantons Zürich:

Es ist gute schweizerische Tradition, humanitäre Aufgaben ohne Rücksicht auf politische Grenzen bereitwillig zu übernehmen. So ist die Aufnahme ungarischer und tschechoslowakischer Refugiéanten ein Markstein unserer offenen Flüchtlingspolitik der jüngsten Geschichte. Mit der Eingliederung ausländischer Flüchtlinge in unsere Gesellschaft ist es aber nicht getan, sondern echte humanitäre Pflichten verlangen auch nach einer weiteren Betreuung dieser oft wenig begüterten Mitmenschen. Dazu gehört unter anderem eine vernünftige Ausbildungsfinanzierung, wie sie in einem vom Kantonsrat verabschiedeten Kreditantrag dem Volk am 13. Juni 1976 unterbreitet wird.

Die Frage, ob dem Kredit für die Ausbildungsfinanzierung von Flüchtlingen zugestimmt werden soll, ist nicht ideologischer, sondern rein humanitärer Natur. Es stünde dem Kantonsrat Zürich als bedeutendstem Hochschulkonzern schlecht an, diese menschliche Hilfeleistung in den Wind zu schlagen. Ein Nein zu dieser Kreditvorlage käme einem üblen Flecken in unserem sonst so stolz gehaltenen humanitären Pflichtenheft gleich.



Jan F., 14 Jahre alt, ist Klassenbeste. Seine Eltern werden nur zum Teil in der Lage sein, seine Fähigkeiten zu fördern und ihm eine Mittelschulbildung zu finanzieren. Wird der Kanton Zürich helfen können?

Stipendien oder Fürsorge?

Die Schweiz muss Flüchtlingen die gleiche Unterstützung und öffentliche Fürsorge gewähren wie Schweizern. Dies ist in der Flüchtlingskonvention von 1951 festgelegt, die auch die Schweiz unterzeichnet hat. Flüchtlinge können aus politischen Gründen nicht mehr nach Hause zurück. Sie sind auf eine neue Heimat, die Schweiz, angewiesen. Flüchtlinge unterstehen nicht dem Ausländerstatus. Flüchtlingsstudenten, die ihr Studium nicht beenden können, die keine Arbeit finden, müssen von der Fürsorge unterstützt werden. Dr. Victor Lieber, ein Jurist, der sich eingehend mit Fragen des Asylrechts befasst hat, zeigt im folgenden Artikel, warum die Nationale Aktion (NA) danebenschiess.

nur aus Gründen der Gefährdung der Staatssicherheit oder der Bedrohung der öffentlichen Ordnung in Betracht fallen kann.

Studieren oder stempeln

Welche Bedeutung käme unter diesen Voraussetzungen der Streichung der Stipendien zu? Gewiss besteht in rechtlicher Hinsicht nach dem Flüchtlingsabkommen keine Verpflichtung zur Gleichstellung mit Schweizern bezüglich Stipendien, sondern Flüchtlinge dürfen danach lediglich nicht ungünstiger gestellt werden als die Ausländer im allgemeinen (Art. 22); dies im Sinn einer Minimalanforderung, da die Vertragsstaaten selbstverständlich jederzeit frei sind, weiter gehende Rechte und Vorteile zu gewähren.

Eine solche Besserstellung drängt sich aber aus folgender Überlegung auf: Werden heute die erforderlichen Stipendien entzogen, so müsste als Folge damit gerechnet werden, dass diese Flüchtlinge angesichts der gegenwärtigen Wirtschaftslage als Arbeitslose allenfalls die öffentliche Fürsorge in Anspruch nehmen müssen. Nach Art. 23 der Flüchtlingskonvention haben die Vertragsstaaten Flüchtlingen die gleiche Fürsorge und öffentliche Unterstützung wie den Einheimischen zu gewähren.



Letztlich käme somit ein Entzug von Stipendien in der heutigen Situation weitgehend einer Umwälzung der zu erbringenden Leistungen auf den Sektor Fürsorge und Unterstützung gleich.

Die Frage, ob es sinnvoller sei, in der Schweiz aufgenommenen Flüchtlingen die Absolvierung eines Hochschulstudiums zu ermöglichen oder sie als Arbeitslose oder Sozialfälle zu unterstützen, beantwortet sich von selbst. Unter diesen Gesichtspunkten müsste eine Streichung der Stipendien nicht nur als unverhältnismässige Härte gegenüber den Betroffenen, sondern als politisch kurzfristige Alibiaktion qualifiziert werden.

Dr. Victor Lieber



Damals schon haben sich die Parteien für die Flüchtlinge eingesetzt: Ungarn 1956

man sich hernach nicht um die damit verbundenen Verpflichtungen menschlicher und finanzieller Art drücken.

Partei der Arbeit:

Wie die PdA schon anlässlich der von der NA erzwungenen Volksabstimmung vor einem Jahr festgehalten hat, darf der Zugang zu Bildung und Ausbildung nicht abhängig gemacht werden von der Geldbörse, des einzelnen (oder dessen Eltern). Das Recht auf Bildung muss für alle Gültigkeit haben, unabhängig seines Standes oder seiner Nationalität.

Eugen Spühler, Rafz, Kantonsrat SP:

Weshalb kantonale Beiträge für studierende Flüchtlinge?, hört man gelegentlich fragen. Die Frage ist an sich berechtigt; je nach Standort und humanitärer Gesinnung ist man mehr oder weniger geneigt, ablehnend zu reagieren. Im

Soll diese kluge und menschliche Politik nun durch eine schäbige Haltung abgelehnt werden?

Für die Landesring-KR-Fraktion Dr. A. W. Zenger

Paul R. Lehmann, Winterthur, Schulrat:

Dass die Schweiz Flüchtlinge aufnimmt, ist für mich selbstverständlich. Noch selbstverständlicher ist es aber, dass die Schweiz auch für die Ausbildung dieser Flüchtlinge sorgt. Oder sollten wieder – wie im Mittelalter – nur die Kinder der Reichen in die Schule gehen?

Ruedi Bautz, Zürich, Kantonsrat POCH

Die Schweiz hat aus humanitären Gründen Flüchtlinge aufgenommen. Einige davon sind Studenten, welche wegen ihrer sozialen Herkunft auf Ausbildungs-

Who's who in der Studentenpolitik?

Polit-Revue SS 76

Gleich zu Beginn des Sommersemesters haben uns einige politische Gruppen der Universität «Selbstporträts» zugeschickt: Wir sollten ihre Arbeit doch im nächsten «zürcher student» vorstellen. Von der Redaktion aus haben wir dann schriftlich alle übrigen studentpolitischen Gruppierungen um eine Selbstdarstellung gebeten. Unser Konzept für diese Polit-Spalten heisst Parteilichkeit: In jedem Porträt werden direkt Mitglieder geworben. Jede Darstellung hat Propagandafunktion. Die Verantwortung für die Texte übernehmen die Autoren, d.h. die betreffenden Gruppen. Unsere Informationsseite über die organisierte Studentenpolitik ist sozusagen ein «Sammelflugblatt».

Sozialistische Hochschulgruppe (SHG)

In der Sozialistischen Hochschulgruppe sind diejenigen Kommilitoninnen und Kommilitonen organisiert, die ausserhalb der Universität in der SP und/oder in der JUSO arbeiten. Sozialistische Hochschulgruppen gibt es an allen Schweizer Universitäten. Seit kurzem sind sie in einer gesamtschweizerischen Organisation zusammengeschlossen. Verankert sind die einzelnen SHG-Mitglieder vor allem in den Fachschaften sowie Basisgruppen, wo auch in erster Linie ihr Tätigkeitsbereich liegt. Dies mag ein Grund dafür sein, weshalb die SHG in den beiden letzten Semestern als eigenständige hochschulpolitische Gruppierung im gesamtuniversitären Rahmen wenig in Erscheinung trat. Dies heisst jedoch nicht, dass sich SHG-Mitglieder hier nicht auch engagieren. Doch geschieht dies meistens in enger Zusammenarbeit mit dem MSV und der POCH. Mit diesen Organisationen bildet die SHG im GStR die «Linke Fraktion». Es wird im Sommersemester 1976 ein erstes Anliegen der SHG sein, dass sich die Linke Fraktion nicht nur auf die Arbeit im Grossen Studentenrat konzentriert, sondern auch ausserhalb des Parlaments als Initiator von Veranstaltungen und Diskussionen auftritt – überall dort, wo gradliegende studentische Interessen in Frage gestellt sind.

Wenn Du mehr wissen möchtest, dann wende Dich an: LSZ, Postfach 168, 8028 Zürich.

Othmar Duss, Recht: Als Mitglied des juristischen Fachausschusses beschäftigt mich die Verhärtung der Beziehung zwischen Fakultät und Studentenschaft ganz besonders. Die Ereignisse um das «JUS» haben mir gezeigt, wie sehr auch an der Universität das Mittel der Einschüchterung angewendet wird. Für mich ist klar geworden, dass alle grundsätzlichen Entscheide, welche die Studenten betreffen, ausserhalb der Universität gemacht werden. Deshalb muss man sich vermehrt Gruppen nähern, die in der Gesamtgesellschaft Einflussmöglichkeiten besitzen. Mein diesbezügliches Bundesgenosse ist die SP.

Beat Kunz, Theologie: Einen vergeistigten Blick nach oben – erwartungsvoll auf die jenseitige Welt ausgerichtet, glückstrahlend, weil meine Füsse konstant 2 cm über dem verwerflichen Erdboden schwebten – so begann ich das Studium. Mit der Zeit hielt aber die Disziplin «Sozialethik» Einzug, mit wachsendem Zeigefinger wurde ich auf die Sünde dieser Welt aufmerksam gemacht, die man aufgrund eines gottgefälligen Lebens mittels «Action» beseitigen sollte. Den praxisorientierten Halt fand ich schliesslich bei der LSZ.

Hugo Bretscher, Geschichte: Keine Universitätspolitik ohne allgemeinpolitische Voraussetzung für jedes Engagement der LSZ! Diese Grundlage ist für uns der demokratische Sozialismus, die Forderung nach der radikalen Demokratie, d.h. die Ausdehnung der auf den Staat beschränkten demokratischen Rechte auf alle Ebenen der Gesellschaft.

Unabhängige Demokraten (UD)

Als Vorstellung der UD legen wir einige Gedanken vor, die sich unsere Arbeitsgruppe zum GStR-Wahlsystem gemacht hat.

Obwohl die Wogen vor den Wahlen jeweils recht hoch gehen, ist die Beteiligung unter ein Drittel gesunken. Daran ist der unübersichtliche «Zirkus» um die Wahlen sicher mitschuldig. Dieser wird umgangen, wenn der Student die Unterlagen nach Hause geschickt bekommt. Dann ist es nicht mehr weit zur brieflichen Stimmabgabe. Mehrfachstimmen wird durch ein speziell bedrucktes Antwortcouvert ausgeschlossen.

Ein zentraler Punkt bilden die Kosten: Wie bisher sollen möglichst viele Arbeiter von den Kandidaten erledigt werden. Aber auch im besten Fall bleiben noch mindestens 5000 Fr. (Rückporto bezahlt, Rücklaufquote 50%, Propagandablätter von den Kandidaten geliefert).

Man wird sich überlegen müssen, ob der (unsichere) Erfolg den Aufwand rechtfertigt. Zum Vergleich: An der Uni Bern steht die (Brief-)Wahlbeteiligung bei 43%, obwohl jeder aus 15 Listen (nur ein Wahlkreis) auswählen muss. Gewisse Mängel (z.B. ungenügende Öffnungszeiten der Wahlurne der Juristen) lassen sich bestimmt auf einfachere Weise beheben. Wir wollen auch nur einen neuen Gedanken zu der Diskussion beitragen, die im Vorfeld des neuen Uni-Gesetzes entstanden ist. Im Namen der UD

Peter Diggelmann, iur.

Interessengruppe Hochschule

Liebe Kommilitonen, Hier nun der versprochene Artikel mit dem Selbstporträt der Interessengruppe Hochschule. Darf ich um die Fairness bitten, das Porträt ohne entstellenden Begleitkommentar und ohne Kürzungen abdruckbar.

Überraschenderweise hat die Redaktion des «zürcher student» auch den gemässigten Gruppen an der Universität Raum zu einem Porträt und zur freien Meinungsäusserung angeboten. Wenngleich damit die politische Einseitigkeit des Blattes höchstens eine kosmetische Änderung erfährt, begrüssen wir diese Neuerung sehr und hoffen, dass sie zu zukunftsweisend sein wird.

Die Interessengruppe Hochschule (IH) ist eine Organisation gemässiger und liberaler Studenten beider Zürcher Hochschulen. Sie setzt sich ein für freie pluralistische Hochschulen und für die Wahrung der individuellen Freiheitsrechte der Studenten. Im Gegensatz zu den anderen politischen Gruppen betei-

ligt sich die IH nicht an den Wahlen in die studentischen Gremien; viele ihrer Mitglieder kandidieren aber auf den «bürgerlichen» und liberalen Listen. Das eigentliche Aktionsfeld der Interessengruppe ist die Hochschulpolitik, im Moment besonders das neue Universitätsgesetz. Die IH setzt sich mit Nachdruck dafür ein, dass das Gesetz eine bessere Lösung bringt und auf den steigenden Status quo. Vor allem muss für die Vertretung der studentischen Interessen eine bessere Lösung gefunden werden: Die Rechte der Studenten müssen besser geschützt werden. Die Verhinderung des Missbrauchs des Namens und der Gelder der Studentenschaft für politisch-ideologische Zwecke ist bisher ungenügend, und die bestehenden juristischen Möglichkeiten sind nahezu ineffizient. Andererseits ist das Interesse an der jetzigen Form der Studentenschaft sehr gering. Die Motivation ist in den meisten Fällen in der Möglichkeit des politischen Missbrauchs zu suchen. Hier muss eine repräsentativere und zugleich effizientere Lösung gefunden werden.

Wie die IH in einer Dokumentation, die am Unikoos erhältlich ist, aufzeigt, werden von den über 270 000 Franken, die als Zwangsbeiträge von den Studierenden eingezogen werden, keine 5% für Dienstleistungen verwendet. Bis heute wurde noch kein ernsthafter Versuch unternommen, diesen Sachverhalt zu widerlegen. Die meisten Dienstleistungen, mit denen die SUZ lautstark für sich Reklame macht, sind sehr tragend, und es braucht für sie keine Zwangsabgaben! Ziel der IH ist eine bessere Organisation der Dienstleistungen und eine Neuordnung der studentischen Vertretungen. Basel hat hier neue Wege beschritten, die auch für aufgeschlossene Zürich zukunftsweisend sein können. Die IH erachtet es als ihre Aufgabe, die Öffentlichkeit über die politischen Zustände in der Studentenschaft zu orientieren und darauf hinzuwirken, dass der Universität der Goodwill des Zürchervolks erhalten bleibt.

Andreas Honegger, Präsident der Interessengruppe Hochschule

Fortsetzung auf Seite 6



Interessengruppe Hochschule

Sehr geehrte Dame, Sehr geehrter Herr,

Zürich, im Februar 1976

Die Interessengruppe Hochschule, eine studentische Vereinigung, die sich für die Erhaltung einer freien und pluralistischen Universität einsetzt, sah sich in den zurückliegenden Wochen gezwungen, einen nicht unerheblichen Aufwand an Werbe- und Propagandamaterial zu erbringen. Um den ausserhalb links orientierten Gruppen um den Kleinen Studentenrat, die skrupellos die mit Zwangsbeiträgen finanzierten offiziellen Organe der Studentenschaft als Werbeträger ausschöpfen, ein gewisses Gegengewicht entgegenzusetzen, koordinierten und förderten wir die Bemühungen aller gemässigten und liberalen Gruppen. Da uns keine Zwangsbeiträge zur Verfügung stehen, müssen wir uns mit der Bitte an Sie wenden, uns mit einem Beitrag zu helfen, die entstandenen Unkosten zu bewältigen.

Für Ihr Verständnis, das Sie uns entgegenbringen, danken wir Ihnen herzlich und verbleiben

mit freundlichen Grüssen

INTERESSEGRUPPE HOCHSCHULE

Der Präsident:

Andreas Honegger

Andreas Honegger, cand. phil. I

Langstrasse 10

8126 Zollikon

Diese Aktion wird unterstützt von den Kantonsräten:

Ch. Blocher, Meilen (BS/SVP), Ulrich Grüssli, Zürich (EVP), Rob. Henauer, Thalwil (FDP), Dr. J. Landolt, Zollikon (CVP), Dr. H.G. Löhninger, Wetzwil a.A. (FDP)

Mit diesem Brief schicke ich die Interessengruppe Hochschule folgende Beilage:

Weiterhin kein Interesse der Mehrheit

Die Interessengruppe Hochschule hat, als eine der in der Liberal-Demokratischen Koalition zusammengefassten gemässigten Gruppen, bei den Wahlen in den Grossen Studentenrat keinen Erfolg gehabt. Einmal mehr ist es den Gemässigten nicht gelungen, weitere Kreise von Studenten für den Umengang zu interessieren. Einzig bei den Ökonomen, die mit 32% eine «hohe» Wahlbeteiligung aufwiesen, konnten die Gemässigten ein Mandat gewinnen; in denjenigen Fakultäten, die einen Rückgang der Wahlbeteiligung gegenüber den Wahlen vom Sommer 1975 (KSIR-Absetzung) hinnehmen mussten, sanken proportional auch die Mandate der Gemässigten.

Der neue KSIR

Der neugewählte Grosse Studentenrat hat in seiner konstituierenden Sitzung eine neue Exekutive (Kleiner Studentenrat) gewählt. Drei der fünf Funktionen stellt die Fraktion der extremen Linken (POCH, Marxistischer Studentenverband, Sozialistische Hochschulgruppe), die auch das Präsidium innehat. Zwei Vertreter delegiert die sogenannte Liberale Studentenschaft, die sich politisch dem linken Flügel der SP zuordnet.

«konzept»-Abstimmung

2100 Studenten von 12 000 – also 18,2% der Studierenden – bekundeten mit ihrem Ja zur Weiterfinanzierung der linksorientierten Zeitung «das Konzept» ihren Willen, die unterlegenen 1500 Studenten zur Mitfinanzierung eines parteilichähnlichen Linksbillets zu zwingen. Ein Teil der Ja-Stimmenden ist wohl der Propaganda der Extremisten erlegen, die diejenigen als intolerant bezeichnet und persönlich verunglimpft, die nicht weiter gewillt sind, die Propaganda der Linken mitzufinanzieren. Die 1500 Nein bedeuten, dass 41% aller

Stimmenden nicht gewillt sind, weiterhin an die Linkszeitung zu zahlen. Die gemässigten Kreise sind entschlossen, den Kampf auf juristischer Ebene – wohin er nach Ansicht der IH einzig gehört – weiterzuführen. Es darf in unserem Rechtsstaat nicht möglich sein, dass 18,2% der Studierenden ihre 9900 Kommilitonen zur Finanzierung eines linken Parteiblatts zwingen. Wir sind überzeugt, dass sich die von den Linken während der Abstimmungskämpfe erhöhte Rechtsstaatlichkeit durchsetzen muss. An den Ploten unserer Universität darf der Gültigkeitsbereich unseres Rechts nicht enden, sonst droht die Universität (wie beispielsweise in der Bundesrepublik) zu einem Staat im Staate zu werden.

Irreversible Machtverhältnisse?

Trotz der Kombination von Urabstimmung und Wahlen und den damit verbundenen Propagandaezessen – die Flugblätter (bei der Seiten) drohte die Universität zu ersticken – gelang es nicht, mehr als 30% der Studenten zu einer Meinungskundgebung zu bringen. Unter diesen Verhältnissen kann es uns nicht gelingen, zu verhindern, dass sich die Macht der extremen Linken mehr und mehr konsolidiert. Dazu trägt auch die ständige Berieselung mit linker Propaganda im offiziellen Wochenbulletin, im «Zürcher Student» und im «konzept» bei, ebenso aber das in diesen Medien aufgebaute Feindbild, das alle andersdenkenden Kommilitonen pauschal als rechtsgerichtete Reaktionen qualifiziert und persönlicher Verunglimpfung überlässt. Sollte die Redaktion des «konzepts» die Zustimmung von 18,2% der Studenten als Legitimation für die Beibehaltung eines monopolistischen Linkskurses aufpassen, ist dem Pluralismus an der Uni keine gute Prognose zu stellen.

Die Interessengruppe Hochschule erachtet es als ihre Hauptaufgabe, die Öffentlichkeit weiterhin über die Zustände an der Universität aufmerksam zu machen und Vorschläge zu unterbreiten, die auf eine Verbesserung der individuellen Rechte der Studenten und deren Schutz vor Missbräuchen durch die linken Funktionäre abzielen.

Rechter Misserfolg zu verkaufen gesucht

Politik will «verkauft» werden, auch die studentische an den Zürcher Hochschulen. Das bedeutet: Man muss seine Argumente an die Kommilitonin, an den Kommilitonen bringen. Wenn das gelingt, bekommt man eine Mehrheit, gewinnt Mitglieder und Sympathisanten, die auch finanziell für die als richtig erachtete Politik einstehen. Kann man aber die Mitsudierenden nicht überzeugen und motivieren, so bleibt nur eins: man muss sich die (finanzielle) Basis seiner eigenen erfolglosen Politik ausserhalb der Hochschulen suchen, man muss sie sich von Firmen und vermögenden Persönlichkeiten finanzieren lassen.

In dieser misslichen Lage ist, wie der nebenstehende Brief zeigt, die «Interessengruppe Hochschule» (IH), ein Zusammenschluss rechtsgerichteter Studentengruppen. Denn: Wie verkaufe ich werbewirksam eigene Misserfolge (die IH habe «bei den Wahlen in den Grossen Studentenrat keinen Erfolg gehabt»), ... kann es uns nicht gelingen, zu verhindern, dass sich die Macht der extremen Linken mehr und mehr konsolidiert? Dazu bedarf es einiger Jonglierkünste mit Zahlen und Begriffen: Es wird der Eindruck erweckt, eine höhere Stimmabteilung bringe den «Gemässigten» Gewinne. Zur «konzept»-Abstimmung werden zwei Prozentsätze einander gegenübergestellt: «18,2% der Studierenden stimmten mit Ja, «41% aller Stimmenden» seien gegen «das Konzept». So kann man natürlich eine grosse 59prozentige Ja-Mehrheit, der nur 41% der Abstimmenden ein Nein entgegenzusetzen, auch uninterpretieren. Eigentlich sind auch die Begriffsdeutungen: Linke Gruppen sind «extrem», die LSZ ist die «sogenannte Liberale Studentenschaft», «das Konzept» ist ein «linkes Parteiblatt» (für welche Partei eigentlich?). Angeblich verhöhnen die Linken an der Hochschule die «Rechtsstaatlichkeit». (Wenn der politische Misserfolg der Rechten den «Rechtsstaat» gefährden, so stimmt das.) Soweit einige Musterchen aus dem Versuch der IH, das eigene politische Unvermögen werbewirksam und geldbringend zu verkaufen.

Es ist für die IH zu hoffen, dass keiner der Angesprochenen auf den Gedanken kommt zu fragen, ob denn die Studierenden wirklich so dumm sind, wie die Gruppe sie hinstellt (ein Teil der Studierenden sei «der Propaganda der Extremisten erlegen...»). Warum denn muss der Kampf um «das Konzept» ausseruniversitär «auf juristischer Ebene – wohin er nach Ansicht der IH einzig gehört» ausgetragen werden? Warum müssen die armen Studenten «vor Missbräuchen durch linke Funktionäre» geschützt werden? Die Antwort ist einfach: Weil ohne die angebliche linksverblendeheit der Mitsudierenden nicht einsichtig wird, warum sich die erfolglosen Rechten immer wieder um ausseruniversitäre Hilfe bemühen müssen, in Form von geschäftsschädigenden Interventionen bei «konzept»-Inserten ebenso wie durch Finanzbetriebe bei der Wirtschaft und Beschwerden bei den Erziehungsbehörden. Dies ist der einzige Weg für diejenigen, die innerhalb der Hochschulen nicht überzeugen können.

Redaktionen «zürcher student» / «das Konzept»

Liberaler Studentenschaft Zürich (LSZ)

Die LSZ ist eine studentpolitische Gruppe, die im universitären Alltag eine wichtige Aufgabe erfüllt. Zusammen mit der linken Fraktion bestimmt sie die Politik der offiziellen Studentenschaft. Zwei unserer Vertreter sind Mitglieder des Kleinen Studentenrates. Im folgenden nehmen drei unserer GStR-Mitglieder auf ihre Art zur LSZ Stellung.

Freihofers Wissenschaftliches Antiquariat
Naturwissenschaft
Medizin
Technik
Psychologie

Sonneggstrasse 21
8006 Zürich
Telefon 01/60 42 82



Polit-Revue SS 76

Fortsetzung von Seite 5

POCH-Hochschulgruppe

Die POCH-Hochschulgruppe ist die Studentenorganisation der Progressiven Organisationen der Schweiz (POCH). Seit einigen Jahren bestehen POCH-Hochschulgruppen an den Universitäten Basel, Bern und Zürich.

Innerhalb der Studentenschaft der Uni Zürich arbeitet die POCH-HG seit mehreren Semestern im Rahmen des Verbunds der Linken sowohl in der Exekutive (KStR) als auch im GSIR (in der «Linken Fraktion»). In der Stärkung dieses Linkenblocks sehen wir eine wesentliche Aufgabe, da nur die Linke in der Lage ist, konsequent den Kampf gegen technokratische Studienreformen, gegen den Abbau demokratischer Rechte (Berufsverbote usw.) und die Verschlechterung der sozialen Lage für

einen Grossteil der Studenten anzuführen.

Neben den Aktivitäten im Rahmen des Linkenblocks – sei es auf der Ebene der Studentenschaftsorgane, sei es in den Fachschaften und Basisgruppen – wird die POCH-HG in diesem Semester mit zwei Schulungskursen, die für alle Interessenten offenstehen, den ideologischen Kampf weiterführen: Der Schulungskurs «Einführung in die marxistische Theorie» richtet sich vor allem an Studienanfänger. Anhand ausgewählter Marx-/Engels-Texte soll ein Einstieg ins Studium der marxistischen Theorie kollektiv erarbeitet werden. Der zweite Schulungskurs, «Kommunistische Internationale», setzt unsern bisherigen Schulungskurs zum «Kampf der Bolschewiki für eine revolutionäre Partei» fort und wird sich mit ausgewählten strategischen Problemen aus der Geschichte der Komintern befassen (Faschismusanalyse, Koloniale Frage usw.). Beide Schulungskurse werden wöchentlich stattfinden. Termin, Ort und genaues Programm werden wir demnächst im WoBü und an den Anschlagbrettern bekanntgeben.

Ebenfalls der ideologischen Auseinandersetzung ist das Magazin der POCH-HG, «positionen», verpflichtet, das jeweils zweimal im Semester erscheint (am Uni-Kiosk erhältlich) und zu Fragen des nationalen und internationalen Klassenkampfes sowie der marxistisch-leninistischen Theorie ausführlich Stellung nimmt.

Wer an unserer Arbeit interessiert ist, soll sich zum Beispiel an unsere Genossin im KStR wenden oder an unsere Adresse: POCH-HG, Postfach 539, 8026 Zürich

grössern können und bestellt jetzt für ein volles Jahr drei der elf juristischen Mandate im Grossen Studenterrat, wo sie, wie schon immer, in die Linke Fraktion integriert ist. Auch im KStR und in andern wichtigen Organen der SUZ arbeiten Mitglieder der KJS aktiv mit. Der Juristische Fachausschuss wurde fürs Sommersemester 76 – nach dem Winterschlaf 75/76, als eine Mehrheit von rechtsbürgerlichen Kommitteons völlig inaktiv blieb – wieder mehrheitlich Leuten von der KJS anvertraut. Der Juristische Abteilung wird jetzt wieder auf die Finger geschaut.

Die KJS arbeitet in mehreren Arbeitsgruppen (zurzeit Staatstheorie, Klassenjustiz, Aktuelle Gesetzesrevisionen) und redigiert die KJS-Zeitung, die jedes Semester erscheint. In diesem Sommersemester bereiten wir die Vorträge der Professoren Axel Azolla, Uni Darmstadt, und Helmut Ridder, Uni Giessen, beides hervorragende Kritiker des bürgerlichen Rechtsbegriffs, vor. Sie werden im Rahmen des Alternativen Lehrangebots der Studentenschaft an unserer Universität sprechen.

Die KJS-Vollversammlung, oberstes Organ der KJS, tritt in der Regel dienstags zusammen und wird im Wochenbulletin der Studentenschaft angezeigt.

Basisgruppe Geschichte

Die Basisgruppe Geschichte (BG) ist die Vereinigung linker Studenten verschiedener Prägung am Historischen Seminar. Nach personellen Einbrüssen im Anschluss an die Publikation zur Geschichte der Schweizer Arbeiterbewegung vor einem Jahr erlebte sie vergangenen Winter sowohl quantitativ als auch qualitativ einen neuen Aufschwung. Die BG Geschichte zählt derzeit über 20 aktive Mitglieder, die parteipolitisch mehrheitlich nicht organisiert sind. Von den Organisierten gehören einige der SP/JUSO sowie der RML und dem MSV an.

Die BG Geschichte versteht sich einerseits als wichtiges Sprachrohr studentischer Interessen am Historischen Seminar und bemüht sich andererseits um die Erarbeitung und Weitervermittlung von alternativen wissenschaftlichen Ansätzen. Die Diskussionen vom Wintersemester sollen nun fortgesetzt werden. Es sind dies vor allem die wirtschaftlichen Grundlagen des historischen Materialismus (u. a. in Wochenendseminaren) sowie das Thema des spanischen Bürgerkrieges, mit dem wir uns im Sommersemester in einem von der BGG initiierten Tutorat eingehend auseinandersetzen werden. Ebenso wird sich ein Teil der BGG um Grundlagen bemühen, die einen ersten Anfang zu einer alternativen Geschichtsschreibung der Schweiz im 2. Weltkrieg erlauben; ein Themenbereich, dessen Bearbeitung vor

Weisst Du, dass Dich der Druck von 200 Exemplaren Deiner 100seitigen

Dissertation

nur ca. Fr. 820.—kostet?

Als Spezialfirma auf diesem Gebiet liefern wir schnell saubere Arbeit!

Auskunft und Beratung:

Foto-Druck
aku Agentur ZÜRICH

Edith Florin
Binderweg 26, 8046 Zürich
(Neuauffoltern)
Tel. (01) 57 24 20

alles angesichts der halbamtlichen Geschichtsschreiber Dr. Bonjour und Rings sehr dringend ist. Gegen Ende des Sommersemesters sind tägliche Kolloquien führender linker Staatstheoretiker geplant, wobei am Abend zuvor jeweils ein Vortrag auf gesamtuniversitärer Ebene vorgesehen ist.

Neben den historisch-inhaltlichen Aktivitäten wird sich die BGG am Historischen Seminar zusammen mit den Genossinnen und Genossen der übrigen Institute an der ganzen Universität um die Aktivierung der linken Bewegung auf der Grundlage der derzeit vor allem in Frage gestellten studentischen Interessen bemühen.

Hochschulpolitik, welche das Prinzip der Rechtsstaatlichkeit, des Fortschrittes und der Freiheit achtet.

Das LDZ ist nicht an eine Linie einer politischen Partei gebunden! Die Unabhängigkeit der Kandidaten unserer Liste gewährleistet ein breites Meinungsspektrum und vermag den vielfältigen Anliegen der Basisstudenten Rechnung zu tragen.

Politik darf nicht einer Ideologie untergeordnet und als Selbstzweck betrieben werden. Um die Interessen der Studentenschaft durchzusetzen, genügt Härte allein nicht; darüber hinaus bedarf es eines Sinnes für Realität, Diplomatie und Fairness.

- Schwerpunkte**
- Dazu gehören die ständigen Forderungen der Studentenschaft:
 - Abwendung des Numerus clausus.
 - Stipendien: verbessern und harmonisieren zwischen den Kantonen.
 - Subvention des Kantons für die Mensa.
 - Angemessene Mitbestimmung für die Studenten.

Liberal-Demokratisches Zentrum

Das Liberal-Demokratische Zentrum (LDZ) grenzt sich ab nach links gegen die sozialdemokratisch bis sozialistisch inspirierten linksliberalen Kreise und nach rechts gegen die immobil-konservativen Kräfte. Das LDZ deckt somit den zentristischen Bereich ab.

Das LDZ räumt der Freiheit eine zentrale Bedeutung ein. Freiheit und Gleichheit sind teilweise konkurrierende Zielsetzungen. Das Prinzip der Gleichheit muss aber relativiert werden, denn eine konsequente Durchführung der Nivellierungspolitik müsste ins Kollektiv führen, in welchem zu leben man aber den grössten Teil der nach Differenzierung strebenden Menschen zwingen müsste, und zwar unter Preisgabe der Freiheit als des Liberalismus fundamentalsten Grundsatzes. Wir wenden uns aber auch deswegen gegen jede Kollektivierungspolitik, weil diese die Individualität vergewaltigt.

Das LDZ bekämpft jegliche Formen des Extremismus und steht ein für eine

Es gilt aber auch weniger spektakuläre Arbeiten zu bewältigen:

- Zweckmässige Verwendung studentischer Gelder (Budget: eine Viertelmillion jährlich).
- Kontrolle und Ausbau der studentischen Dienstleistungen.
- Solide Information für eine möglichst objektive Meinungsbildung.

Zu den «heissen Eisen» in der Hochschulpolitik. Diese Stellungnahme wurde vom KStR als «Wahlpropaganda» diffamiert und damit die Unterschlagung des Abdruckes im Wo-Bü «begründet!» So manipuliert die Linke ständig! Urteile selbst!

In der Frage der Zwangskörperschaft der Studentenschaft nimmt das LDZ einen neutralen Standpunkt ein. Diese Frage ist zu wichtig, um aufgrund ideologischer Vorurteile oder Einzelinteressen entschieden zu werden. So gibt es in dieser Frage berechnete Argumente dafür sowohl als auch dagegen, so dass die Meinungsbildung hier dem einzelnen überlassen bleiben soll.

Fortsetzung auf Seite 7

FREIHOFER'S
Wissenschaftliche
Buchhandlungen

Naturwissenschaft
Medizin
Technik
Wirtschaftswissenschaft

Universitätstrasse II
8006 Zürich
Telefon 01/60 42 82

Kritische Jus-Studenten (KJS)

Die KJS ist seit mehr als sieben Jahren die Organisationsform der kritischen und marxistischen Jus-Studenten an der Universität Zürich und hat als kritisches Potential mit der rapiden Zunahme der Zahl der Jus-Studenten eine immer wichtigere Funktion.

Die KJS hat sich anlässlich der Standortbestimmung im Februar in zwei Gruppen aufgeteilt, die zusammen die Arbeitsfelder eines kritischen Jus-Studenten abdecken: Sektion (Hochschul-)Politik und Sektion (Rechts-)Wissenschaft.

Die hochschulpolitische KJS tritt für die Stärkung und eine offensive Verteidigung der Studentenschaft (SUZ) als gewerkschaftlich orientierter Interessenverband in der Form einer verfassten Zwangskörperschaft ein und fordert eine demokratische Universität mit gesellschaftsbezogenen Lehrinhalten. Nicht zufällig hat die KJS bei den letzten GSIR-Wahlen ihren Stimmenanteil um mehr als die Hälfte (plus 53%) ver-

Neue Zürcher Zeitung

für Leute, die mitreden wollen

Sie sind Student, künftiger Akademiker. Sie haben die Chance, in verantwortliche Stellungen aufzusteigen. Sie werfen Ihren kritischen Blick auf eine Welt, die Sie in Zukunft mitgestalten wollen. Dazu braucht es nicht nur Charakter und Fachkenntnisse, sondern auch solide, vertiefte Information über die Ereignisse und Probleme des Tages.

Die «NZZ» gilt – nach dem Urteil massgebender ausländischer Kenner – als eine der besten Tageszeitungen überhaupt. Sie bietet, so wird gesagt, mit einer Fülle an Stoff ein Optimum an Sachlichkeit. Was nicht heisst, dass wir keine eigene Meinung haben. Doch sind wir gerade darin liberal, dass wir der Meinung der anderen auch Raum geben.

Sie werden sicherer mitreden und mitbestimmen können, wenn Sie sich ein verbilligtes Studentenabonnement auf die «NZZ» schenken lassen oder aus Selbstverdien-

tem leisten. Sie erhalten damit zu relativ bescheidenem Preis täglich ein Wissen ins Haus geliefert, das sich zur Enzyklopädie reihet.

Und Wissen ist immer noch Macht – oder trägt zumindest wesentlich dazu bei, an die Stelle im Leben zu gelangen, die man sich wünscht.

Wir geben Ihnen gerne die Möglichkeit, unser Blatt über längere Dauer mit einer Gratislieferung während zweier Wochen oder mit einem um 30% verbilligten Studentenabonnement kennenzulernen:

- für 3 Monate Fr. 23.10 (statt Fr. 33.—)
- für 6 Monate Fr. 42.70 (statt Fr. 61.—)
- für 1 Jahr Fr. 81.20 (statt Fr. 116.—)

Werbeabteilung Neue Zürcher Zeitung,
Postfach, 8021 Zürich

Coupon

- Ich bitte Sie um unverbindliche Gratislieferung der «Neuen Zürcher Zeitung» während 2 Wochen.
- Ich bestelle ein Studentenabonnement auf die «NZZ»

für 3 Monate zu Fr. 23.10
für 6 Monate zu Fr. 42.70
für 1 Jahr zu Fr. 81.20

Nichtgewünschtes
bitte streichen

Name/Vorname: _____

Adresse: _____

Ort/Postleitzahl: _____

Hochschule: _____

Coupon bitte einsenden an die Werbeabteilung der «Neuen Zürcher Zeitung», Postfach, 8021 Zürich



Z. St.

wo d'studänte anegönd...

Schauspielhaus Zürich

Spielplan im Juni

Die Troerinnen
von Euripides
Der gute Mensch von Sezuan
von Bertolt Brecht
Das Mädl aus der Vorstadt
von Johann Nestroy

Legi-Karten immer im Vorverkauf und eine Stunde vor Vorstellungsbeginn an der Abendkasse

Tea-Room «Vogelsang»

Vogelsangstrasse 10, Tel. 28 90 30, 8006 Zürich

Annahme von Lunch-Checks.
Für Studenten 10% günstiger essen mit Vogelsang-Checks!

Täglich sehr preiswerte und reichhaltige Menüs.

Wir freuen uns, Sie begrüßen zu dürfen
P. und M. Tibau-Betschart

Preiswert und gut essen im

Rest. «Johanniter»

Niederdorfstr. 70

und Rest. «Gans»

Niederdorfstr. 88

abends ins

jazz-house «Picadilly-Circus»

mit internat. Spitzenorchestern wie Picadilly-Six, Harlem Ramblers usw.
Eintritt frei

Mrestaurant Stadelhofen

gut und preiswert

Machen Sie uns bekannt! Verteilen oder verkaufen Sie «das Konzept» an öffentlichen Veranstaltungen in Ihrer Region. Wir schicken Ihnen gerne Nummern zu (Tel. 01/47 75 30).

ZUR KANTOREI

8001 Zürich, Neumarkt 2
Telefon 47 99 62

Das gepflegte Restaurant für jedermann im Verbindungshaus der Zürcher Singstudenten
Michel und Ingrid Panchaud

Besonders guter Kaffee
Tellerservice ab Fr. 4.80
Tea-Room

Mercury

Lunch-Room

Haldenbachstr. 3, 8006 Zürich
Tel. (01) 47 32 40 Frl. Unger

Schöner Wohnen's Kafi Neumarkt

Ecke Neumarkt/Obmannamtsgasse

Der gemütliche Treffpunkt mit ungezwungener Atmosphäre.
Entspannen Sie sich in unseren herrlich bequemen Polstern bei einem erfrischenden Trunk, einem himmlisch duftenden Kaffee oder bei einer unserer vielen speziellen Teesorten.
Man trifft sich – man sieht sich im Neumarkt!

Tea-Room



Snacks
günstige
Tellergerichte

Spezialitäten
zu jeder
Tageszeit

F. Rieder-Harlander **kalt und warm**

Rämistr. 31, beim Bellevue
vis-à-vis Parkhaus Hohe Promenade

Café «Studio»

gute Küche, angenehmer Aufenthalt

Hottingerstrasse 5
Zürich
Telefon 32 91 41

Sprachkurse nach Mass

Audiovisuelle Methode, individuelle Betreuung
• Englisch • Französisch • Italienisch
• Spanisch • Portugiesisch • Russisch
• Deutsch für Fremdsprachige
Beginn jetzt. Freie Wahl der Kursstunden 8-20h
Ungezwungene Atmosphäre, schnelles und gründliches Lernen mit
01/27 15 00 SIGHT+ SOUND
8001 Zürich, Usterstrasse 19/Löwenplatz



Bauen Sie Ihre Regalwand selbst nach Ihren eigenen Ideen. Hunderte von Teilen bieten unendliche Möglichkeiten. Verlangen Sie grossen Prospekt. Ausstellung in Meilen.

BEKA LUNDIA AG

Schulhausstr. 10
8706 MEILEN
Tel.: 923.17.17

Frühere «konzept»-Jahrgänge

Die kompletten «konzept»-Jahrgänge 1975 und 1974 sind für je 10 Franken, die Jahrgänge 1973 und 1972 für je 6 Franken noch erhältlich.

Bestellung entweder direkt durch Vorauszahlung auf PC 80-37626, «das Konzept», Zürich, mit Vermerk «Bestellung Jahrgang...» sowie genauer Adresse auf der Rückseite des Abschnitts, oder durch Belegen des Betrages (in Noten und/oder Briefmarken) zur schriftlichen Bestellung.

Gruppendynamische Klausurtagungen

Wochenenden, langlaufende Studien- und Balintgruppen

Verlangen Sie den ausführlichen Prospekt:

GAG Gesellschaft für Analytische Gruppendynamik
Arbeitsgemeinschaft Schweiz
Wangenerstr. 5
8307 Effretikon Tel. (052) 32 51 68

Zwischen
zwei Vorlesungen
ein erfrischendes



Ansprechende Auswahl günstige Preise

finden Studenten in unseren Gastbetrieben

Mensa der Universität	Künstlergasse 10
Unibar	Universitätsgebäude
Erfrischungsraum	Institutsgebäude Freiestr. 36
Erfrischungsraum	Zahnärztliches Institut
Erfrischungsraum	Med. vet. Institut im Kantonalen Tierspital
Olivenbaum	Stadelhoferstrasse 10
Frohsinn	am Hottingerplatz
Hotel-Restaurant Rütli	Zähringerstrasse 43

Zürcher Frauenverein für alkoholfreie Wirtschaften

Maschine-Schreiben + Briefgestaltung

Ein Kurs für jedermann. Beginn jetzt
Freie Wahl der Kursstunden 8-20 Uhr
Schneller und besser mit dem System
01/27 15 00 SIGHT+ SOUND
8001 Zürich, Usterstrasse 19/Löwenplatz

In Zürich 2/3/4/6/10 haben wir

laute
möblierte Zimmer
mit Küchen- und Badanteil sowie Appartements zu günstigen Konditionen zu vermieten. Rufen Sie uns an. Keine Vermittlungsgebühren.
Tel. (01) 25 73 11.



BUCHHANDLUNG HEINIMANN & CO.

vorm. Hans Raunhardt

8001 Zürich, Kirchgasse 17, beim Grossmünster,
Tel. (01) 32 13 68/69

Die Fachbuchhandlung für

Medizin – Psychologie
Recht – Ökonomie
Architektur

mit der grossen Tradition. Individuelle Bedienung und Beratung. Juristisches Antiquariat.

Ihr Brillenspezialist für Augenoptik + Kontaktlinsen



Welcho-Optik

Welchogasse 4
8050 Zürich
Telefon 01/46 40 44

gewährt Studenten

20% Rabatt

auf Brillen

10% Rabatt

auf Sonnenbrillen,
Feldstecher,
Höhenmesser, Lupen
und Kompass

Harte Kontaktlinsen

und

weiche Kontaktlinsen

Preise auf Anfrage

Studentenpreise!

Weisst Du, dass wir Spezialisten sind für

DISSERTATIONS-DRUCK

(auch SKRIPTEN, BROSCHÜREN UND BÜCHER)

und deshalb besonders vorteilhaft, qualitativ hochstehend und schnell arbeiten. Wir erledigen auch zuverlässig alle administrativen Umtriebe gratis für Dich.

Eine Anfrage lohnt sich auf jeden Fall. Wir stehen Dir für alle Auskünfte mit fachmännischer Beratung zur Seite.

DRUCKEREI SCHNEIDER, Asylstr. 144, 8032 Zürich
Tel. (01) 53 69 33

Lehrbücher und Fachbücher für

Technik, Betrieb und Wirtschaft

Alle Neuerscheinungen in unseren Fenstern
Abonnements auf jede Zeitschrift:
Tel. 34 80 48

Buchhandlung zum Elsässer

Arnold & Stamm AG, 8001 Zürich
Limmatquai 18, Tel. (01) 47 08 47/32 16 12

Zwei der zuverlässigsten Zweiräder



Vespa, der ideale Roller für Stadt und Land, ab Fr. **1895.-**
Ciao, das formschöne Mofa für alle ab 14 Jahren, ab Fr. **890.-**

Beratung, Verkauf, Service: Tel. 47 32 58

A. Fontana
Sonneggstrasse 20
8006 Zürich

BÜCHER

für Ihr Studium aus allen Wissensgebieten



VANDENHOECK + RUPRECHT
GÖTTINGEN + ZÜRICH

Zweigniederlassung: Badenerstrasse 69, Postfach, 8026 Zürich

Theologie
Philosophie
Psychologie
Rechtswissenschaft
Sozialwissenschaft
Sprachwissenschaft
Geschichte und Politik
Medizin
Mathematik
Technik

Verlangen Sie bei Ihrem Buchhändler die ausführlichen Verzeichnisse

MAGI'S JEANS SHOP

Jeans à gogo...

Grosse Auswahl Rund- und Tweedhosen in vielen modischen Farben. Unisex. Pullis, Jacken, Hemden und Accessoires

10% Rabatt für Studenten!

Telefon 01/349443

Weinbergstrasse 15
8001 Zürich